Titelseite

**Deutschland in Europa**



Inhaltsverzeichnis

# Deutschland

Deutschland ist ein Staat in Mitteleuropa. Als Bundesstaat wird die Bundesrepublik Deutschland aus den 16 deutschen Ländern gebildet und stellt die jüngste Ausprägung des deutschen Nationalstaates dar. Die Länder gliedern sich gemäß dem Verfassungsprinzip der kommunalen Selbstverwaltung in kommunale Gebietskörperschaften.

Bundeshauptstadt ist Berlin. Gemäß ihrer Verfassung versteht die Bundesrepublik sich als soziale, rechtsstaatliche und föderale Demokratie. Sie ist Gründungsmitglied der Europäischen Union und mit über 82 Millionen Einwohnern deren bevölkerungsreichstes Land. Ferner ist Deutschland unter anderem Mitglied der Vereinten Nationen, der OECD, der NATO, der OSZE und der Gruppe der Acht (G8). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist Deutschland die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt,

Der Begriff *Deutschland* wird in dieser Form erst seit der [Frühen Neuzeit](http://de.wikipedia.org/wiki/Fr%C3%BChe_Neuzeit) verwendet, beispielsweise in [Samuel von Pufendorfs](http://de.wikipedia.org/wiki/Samuel_von_Pufendorf) *Die Verfassung des deutschen Reiches* von 1667. Davor sind nur nicht zusammengesetzte Verbindungen des [Attributs](http://de.wikipedia.org/wiki/Attribut_(Grammatik)) [*deutsch*](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsch_(Etymologie)) mit *Land* belegt, beispielsweise in der unbestimmten Singularform *ein deutsches Land* oder der bestimmten Pluralform *die deutschen Länder*, nicht aber in der bestimmten Singularform *das deutsche Land*. Gemeint waren möglicherweise Länder mit einer Führungsschicht, die sich auf den politischen Herrschaftsanspruch bezog, der durch das[(Ost-)Fränkische](http://de.wikipedia.org/wiki/Franken_(Volk)), später [Heilige Römische Reich](http://de.wikipedia.org/wiki/Heiliges_R%C3%B6misches_Reich), als begründet angesehen worden war.

Alle diese Ausdrücke wurden auch als [Synonym](http://de.wikipedia.org/wiki/Synonymie) vor allem für die folgenden (vor-)staatlichen Gebilde verwendet, die in wesentlichen Bereichen des deutschen [Sprach-](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Sprache) und/oder Herrschaftsgebiets entstanden waren:

* Das sogenannte [Alte Reich](http://de.wikipedia.org/wiki/Heiliges_R%C3%B6misches_Reich) existierte unter starken Wandlungen von etwa 962 bis 1806, hatte sich aus dem Ostteil des in der Spätantike gegründeten [Fränkischen Reiches](http://de.wikipedia.org/wiki/Fr%C3%A4nkisches_Reich) entwickelt und sich anfangs auch als Erneuerung des [Römischen Reiches](http://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%B6misches_Reich) verstanden, später mit den Namenszusätzen Heilig([Heiliges Römisches Reich](http://de.wikipedia.org/wiki/Heiliges_R%C3%B6misches_Reich)) und Deutscher Nation (Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation) zwischen dem 12. Jahrhundert und 1648 zu einer Art[Staatenbund](http://de.wikipedia.org/wiki/Staatenbund) entwickelt
* Zwischen 1806 und 1815 dominierten [Österreich](http://de.wikipedia.org/wiki/Kaisertum_%C3%96sterreich), [Preußen](http://de.wikipedia.org/wiki/Preu%C3%9Fen) und der [Rheinbund](http://de.wikipedia.org/wiki/Rheinbund) das staatliche Geschehen im Vorstellungsraum Deutschlands
* [Deutscher Bund](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Bund), 1815–1866, von Österreich und Preußen dominierter Staatenbund
* Mit den modernen bundes- bzw. zentralstaatlichen Staatsformen seit 1871 wurden große Teile des deutschen Sprachraums in einem Staat zusammengefasst. Der Ausdruck Deutschland wurde, nicht zuletzt durch die Wahl der Staatsbezeichnung Deutsches Reich 1871, identisch mit diesen Staaten:
* [Deutsches Reich](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Reich), 1871–1945, von Preußen initiiert ([Bismarck](http://de.wikipedia.org/wiki/Bismarck)) und dominiert
* Bundesrepublik Deutschland, seit 1949, durch die [USA](http://de.wikipedia.org/wiki/Vereinigte_Staaten) und das [Vereinigte Königreich](http://de.wikipedia.org/wiki/Vereinigtes_K%C3%B6nigreich) initiiert
* [Deutsche Demokratische Republik](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Demokratische_Republik), 1949–1990, durch die [UdSSR](http://de.wikipedia.org/wiki/UdSSR) initiiert

Aus verschiedenen Gründen traten im Laufe der Jahrhunderte unter anderem die folgenden, überwiegend deutschen Sprachgebiete aus dem Vorstellungsraum der deutschen Länder bzw. Deutschlands heraus oder wurden herausgelöst: in Spätmittelalter und Frühneuzeit die Niederlande (vgl. Ausdruck dutch), mit den Eckdaten 1499 und 1648 die Schweiz, vor allem seit 1648 und 1789 – mit Unterbrechungen – das Elsass und (Nordost-)Lothringen (frz.: Moselle), 1866 Luxemburg sowie ebenfalls 1866 und 1945 Österreich. Die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (vor allem Schlesien, Pommern und Ostpreußen) kamen ab 1945 unter sowjetrussische und vor allem polnische Verwaltung; sie wurden schließlich einseitig in deren Staatsgebiete integriert. 1990 wurde der von verschiedenen Interessengruppen in der Bundesrepublik vertretene Anspruch auf die vormaligen deutschen Ostgebiete im Zuge der als Wiedervereinigung Deutschlands bezeichneten Entwicklung auch formell mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag aufgegeben.

Trotz der Kontinuität des Begriffes Deutschland vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart sowie völkerrechtlicher[9] Identität und staatsrechtlicher Kontinuität seit dem 19. Jahrhundert besteht de facto keine durchgehende lineare politisch-historische Entwicklung eines Deutschland. Vielmehr eignet(e) sich der Begriff, vermutlich auch unter Eindruck des französischen Vorbilds, in der Entwicklung der politischen Macht des wohlhabenden Bürgertums als einigende Idee für regionale und lokale Eliten.

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Sturz der Monarchie in der Novemberrevolution am 9. November 1918 wurde diskutiert, mit der Staatsbezeichnung Deutsche Republik oder Republik Deutschland die ausgerufene Staatsform zu unterstreichen, jedoch behielt auch die Weimarer Republik die offizielle Bezeichnung Deutsches Reich bei. Nach dem Zweiten Weltkrieg nutzten die Siegermächte ausschließlich den Begriff Deutschland (als Ganzes) für das von ihnen besetzte Deutsche Reich (ohne Österreich). Der Begriff Deutschland fand dann 1949 in der Bezeichnung der damals konstituierten Bundesrepublik namentliche Verwendung. Die DDR nutzte das Wort Deutschland zwar nicht direkt im Staatsnamen, jedoch wurde Deutschlandausdrücklich als synonymer Begriff für DDR im Artikel 1 der Verfassung von 1949 verwendet. Später verwendete die DDR fast nur noch das Attributdeutsch beziehungsweise den Namenszusatz „… der DDR“ für staatliche Hoheitsbezeichnungen.

## Physische Geographie

### Geologie

Auf die Zeit des Paläozoikums (Erdaltertum) gehen die kristallinen Gesteine Deutschlands wie Gneis und Granit zurück, wie sie in den deutschen Mittelgebirgen, zum Beispiel dem Harz, anzutreffen sind. Auch die Sedimentgesteine des Rheinischen Schiefergebirges stammen aus diesem Erdzeitalter und lagerten sich in der Zeit von Devon und Unterkarbon ab. Die Heraushebung der Gesteine und damit die Gebirgsbildung setzte jedoch erst im späten Pliozän ein. Am Nordrand des Rheinischen Schiefergebirges finden sich Gesteinsschichten aus dem Karbon, in denen die gewaltigen Steinkohlevorkommen im Ruhrgebiet eingelagert sind (Ruhrkarbon).

Im Mesozoikum (Erdmittelalter) wurden jene Gesteinsschichten gebildet, die in zahlreichen süd- und ostdeutschen Regionen überwiegen. In der Pfalz, in Thüringen, Teilen Bayerns und Sachsens wird der Untergrund von Gesteinen der Trias dominiert, des frühen Mesozoikums. Die Juragebirge (vor allem Schwäbische und Fränkische Alb) gehen auf die Jurazeit zurück. Anders als in der Trias in Deutschland, die von Sandstein geprägt ist, herrscht bei den jurassischen Gesteinen der Kalkstein vor.

Im Känozoikum (Erdneuzeit) erfolgte vor allem die Verfüllung der Flussniederungen und -becken.

Aktiver Vulkanismus wird nicht beobachtet, jedoch zeigen vulkanische Gesteine ehemaligen Vulkanismus an. Diese finden sich insbesondere in der Vulkaneifel und auf dem Vogelsberg, aber auch im Bereich des Schwäbischen Vulkans. In der Vulkaneifel treten bis in die Gegenwart Kohlenstoffdioxidquellen (Mofetten) zutage, deren eindrucksvollstes Beispiel der Geysir Andernach ist, der mit 50 bis 60 Metern höchste Kaltwassergeysir der Erde.

Obwohl Deutschland vollständig auf der Eurasischen Platte liegt, kommen schwache Erdbeben vor, insbesondere im Bereich der Riftzonen im Südwesten und Westen (Oberrheingraben, Rheingraben, Hohenzollerngraben).Geomorphologie

Das Faltengebirge der Alpen ist das einzige Hochgebirge, an dem Deutschland Anteil hat. Der mit Österreich geteilte Gipfel der Zugspitze (2962 Meter) ist der höchstgelegene Punkt des Landes.

Die Mittelgebirge nehmen tendenziell von Nord nach Süd an Höhe und Ausdehnung zu. Höchster Mittelgebirgsgipfel ist der Feldberg im Schwarzwald (1493 Meter), gefolgt vom Großen Arber im Bayerischen Wald (1456 Meter). Gipfel über 1000 Meter besitzen außerdem das Erzgebirge, das Fichtelgebirge, die Schwäbische Alb und als Sonderfall der Harz, der sich recht isoliert als nördlichstes Mittelgebirge in Deutschland mit dem Brocken auf 1142 Meter erhebt. Nördlich der Mittelgebirgsschwelle erheben sich nur noch vereinzelte Formationen über 100 Meter, von denen der Hagelberg im Fläming mit 200 Meter die höchste ist.

Die niedrigste begehbare Landesstelle Deutschlands liegt bei 3,54 Meter unter Normalnull in einer Senke bei Neuendorf-Sachsenbande in der Wilstermarsch (Schleswig-Holstein). Ebenfalls in diesem Bundesland befindet sich die tiefste Kryptodepression: Sie liegt mit 39,10 Meter unter Normalnull am Grund des Hemmelsdorfer Seesnordnordöstlich von Lübeck. Die tiefste künstlich geschaffene Stelle liegt bei 293 Meter unter Normalnull am Grund des Tagebaus Hambach östlich von Jülich in Nordrhein-Westfalen.

## Klima

Deutschland gehört vollständig zur gemäßigten Klimazone Mitteleuropas im Bereich der Westwindzone und befindet sich im Übergangsbereich zwischen dem maritimen Klima in Westeuropa und dem kontinentalen Klima in Osteuropa. Das Klima in Deutschland wird unter anderem vom Golfstrom beeinflusst, der die klimatischen Werte für die Breitenlage ungewöhnlich mild gestaltet.

Der mittlere jährliche Niederschlag (bezogen auf die Jahre 1961–1990) beträgt 700 Millimeter. Die mittlere monatliche Niederschlagsmenge liegt zwischen 40 Millimeter im Februar und 77 Millimeter im Juni.

Die tiefste jemals in Deutschland gemessene Temperatur betrug −45,9 °C; sie wurde am 24. Dezember 2001 am Funtensee registriert. Die bisher höchste Temperatur betrug 40,3 °C und wurde am 8. August 2003 in Nennig im Saarland erreicht. Zum Teil widersprechen sich die Angaben; so lag laut demDeutschen Wetterdienst die absolute Höchsttemperatur in Deutschland mit gemessenen 40,2 °C am 27. Juli 1983 in Gärmersdorf bei Amberg (Oberpfalz), am 9. August 2003 in Karlsruhe sowie am 13. August 2003 in Freiburg im Breisgau und Karlsruhe.

## Gewässer

[](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:ElbeKM505.jpg&filetimestamp=20050619144422)

Abbildung 1: Die Elbe

[](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Chiemsee014.jpg&filetimestamp=20061115194823)

Abbildung 2: Der Chimsee

Die ins Meer mündenden Fließgewässer mit den größten Einzugsgebieten sind Rhein, Donau, Elbe, Oder, Weser und Ems. Sie entwässern entweder in die Nordsee, in die Ostsee oder ins Schwarze Meer, deren Einzugsgebiete durch die europäische Wasserscheide geschieden werden.

* Der 865 Kilometer in Deutschland bzw. als Grenzfluss fließende Rhein dominiert den Südwesten und Westen. Seine wichtigsten Zuflüsse sind [Neckar](http://de.wikipedia.org/wiki/Neckar), [Main](http://de.wikipedia.org/wiki/Main), [Mosel](http://de.wikipedia.org/wiki/Mosel) und [Ruhr](http://de.wikipedia.org/wiki/Ruhr). Die wirtschaftliche Bedeutung des Rheines ist enorm, er ist eine der am stärksten befahrenen [Wasserstraßen](http://de.wikipedia.org/wiki/Wasserstra%C3%9Fe) Europas.
* Die Donau im Süden entwässert auf 647 Kilometer fast das gesamte [Alpenvorland](http://de.wikipedia.org/wiki/Alpenvorland) und fließt weiter nach Österreich und [Südosteuropa](http://de.wikipedia.org/wiki/S%C3%BCdosteuropa). Ihre wichtigsten Zuflüsse sind [Iller](http://de.wikipedia.org/wiki/Iller), [Lech](http://de.wikipedia.org/wiki/Lech), [Isar](http://de.wikipedia.org/wiki/Isar) und [Inn](http://de.wikipedia.org/wiki/Inn).
* Im Osten Deutschlands befindet sich auf 725 Kilometern die Elbe. Ihre wichtigsten Nebenflüsse sind [Saale](http://de.wikipedia.org/wiki/Saale) und [Havel](http://de.wikipedia.org/wiki/Havel).
* Die Oder tritt ausschließlich als Grenzfluss zu Polen in Erscheinung. Ihr wichtigster Zufluss ist die [Neiße](http://de.wikipedia.org/wiki/Lausitzer_Nei%C3%9Fe).
* Das Einzugsgebiet der Weser liegt vollständig in Deutschland. Sie speist sich aus den Flüssen [Werra](http://de.wikipedia.org/wiki/Werra) und [Fulda](http://de.wikipedia.org/wiki/Fulda_(Fluss)) und entwässert den mittleren Norden.
* Die Ems fließt im äußersten Nordwesten.

Die natürlichen Seen sind überwiegend glazialen Ursprungs. Daher finden sich die meisten der großen Seen imAlpenvorland und in Mecklenburg. Der größte vollständig zum deutschen Staatsgebiet gehörende See ist die Müritz, die Teil der mecklenburgischen Seenplatte ist. Der größte See mit deutschem Anteil ist der Bodensee, an den auch Österreich und die Schweiz grenzen.

## Inseln

[](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Insel_R%C3%BCgen_-_Kreidek%C3%BCste.jpg&filetimestamp=20060701161039)

Abbildung 3: Kreidefelsen auf der Insel Rügen

In der Nordsee dominieren die Inselgruppe der Nordfriesischen Inseln und die Inselkette der Ostfriesischen Inseln.Helgoland und Neuwerk sind ebenfalls bewohnt. Die Nordfriesischen Inseln stellen Festlandsreste dar, die durch Landsenkung und nachfolgende Überflutung von der Küste getrennt wurden. Die Ostfriesischen Inseln sind Barriereinseln, die durch die Brandungsdynamik aus Sandbänken entstanden.

Die größten deutschen Inseln in der Ostsee sind (von West nach Ost) Fehmarn, Poel, Hiddensee, Rügen undUsedom; größte Halbinsel ist Fischland-Darß-Zingst. Mit Ausnahme von Fehmarn sind sie Teil einer Boddenküste.

Die wohl größten und bekanntesten Inseln in Binnengewässern sind Reichenau, Mainau und Lindau im Bodenseesowie Herrenchiemsee im Chiemsee.

### Böden

Die Zusammensetzung und Qualität der Böden ist regional sehr unterschiedlich. In Norddeutschland bildet ein küstennaher Gürtel aus fruchtbaren Marschböden die Grundlage für ertragreiche Landwirtschaft, während die dahinter liegende, eiszeitlich geprägte Geest nur sehr magere Böden aufweist. In Heidelandschaften wie der Lüneburger Heideist dieser durch jahrhundertelange Weidewirtschaft zum Podsol degeneriert, so dass Ackerbau kaum möglich ist. Sehr unergiebig sind auch die Gebiete der Alt- und Jungmoränenlandschaft, in denen sich Flugsand angelagert hat.Brandenburg beispielsweise wurde schon in historischer Zeit als des „Heiligen Reiches Streusandbüchse“ verspottet.

[](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Humusgehalt.jpg&filetimestamp=20081027235928)

Abbildung 4: Bodenarten in Deutschland

Zwischen der Moränenlandschaft und der Mittelgebirgsstufe zieht sich von West nach Ost eine Reihe von Börden: In diesen Gebieten ist durch eiszeitliche Lössablagerungen äußerst fruchtbarer Boden entstanden. Dieser besteht zumeist aus Braunerden, im Osten teils auch aus Schwarzerden, und wird in besonderem Ausmaße landwirtschaftlich genutzt. In den Mittelgebirgen herrschen magere Böden vor, die landwirtschaftlich nur extensiv bewirtschaftet werden. Die weitaus größte Fläche ist bewaldet. Ergiebige Böden finden sich in Süddeutschland insbesondere entlang der Flüsse Rhein, Main und Donau.

## Humangeographie

### Flächennutzung

Insgesamt werden 53,5 Prozent landwirtschaftlich genutzt, Wälder bedecken weitere 29,5 Prozent. 12,3 Prozent werden als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt (Tendenz weiterhin steigend). Wasserflächen kommen auf 1,8 Prozent, die restlichen 2,4 Prozent verteilen sich auf sonstige Flächen, zumeist Ödland und auch Tagebaue.

### Ballungsgebiete

Um Ballungsgebiete, also Einwohnerkonzentrationen, zu veranschaulichen, können Gemeindegrössen, Agglomerationen und die sogenannten Metropolregionen herangezogen werden.

In Deutschland gibt es etwa 80 Großstädte, das sind Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern.[11] Davon haben 14 Städte mehr als 500.000 Einwohner. Eine Besonderheit Deutschlands ist die überwiegend randlastige, dezentrale Verteilung der Großstädte. Die fünf einwohnerreichsten Metropolen des Landes sind (Stand: August 2008, Köln/Frankfurt 2007):

1. Berlin, 3,42 Millionen
2. Hamburg, 1,77 Millionen
3. München, 1,31 Millionen
4. Köln, 995.397
5. Frankfurt am Main, 669.021

Unter Agglomerationen versteht man vereinfacht größere zusammenhängende Siedlungsgebiete. Da Gemeinde- und Siedlungsgrenzen meist erheblich voneinander abweichen, gibt die Betrachtung der Agglomerationen einen authentischeren Aufschluss über Bevölkerungskonzentrationen. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern werden in Deutschland Agglomerationen jedoch nicht statistisch genau definiert und abgegrenzt. Die meisten Agglomerationen sind monozentrisch, das Ruhrgebiet hingegen ist ein klassisches Beispiel für einen polyzentrischen Verdichtungsraum. Die fünf einwohnerreichsten Agglomerationen sind:

1. Agglomeration Ruhrgebiet, 5,8 Millionen
2. Agglomeration Berlin, 4,2 Millionen
3. Agglomeration Stuttgart, 2,6 Millionen
4. Agglomeration Hamburg, 2,6 Millionen
5. Agglomeration München, 1,9 Millionen

Von der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) wurden elf sogenannte Europäische Metropolregionen (EMR) festgelegt. Diese gehen über den Begriff der Agglomeration weit hinaus. Die fünf einwohnerreichsten EMR sind:

1. Metropolregion Rhein-Ruhr, 11,5 Millionen
2. Metropolregion Berlin-Brandenburg, 6,0 Millionen
3. Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main, 5,3 Millionen
4. Metropolregion Stuttgart, 4,7 Millionen
5. Metropolregion Hamburg, 4,3 Millionen

## Natur und Landschaft

Da Deutschland in der gemäßigten Klimazone liegt, ist seine Flora von Laub- und Nadelwäldern geprägt. Örtlich weist die Flora in Deutschland eine hohe Diversifikation durch Standortfaktoren des Geländeprofils, der Geländehöhe und -geologie sowie der mesoklimatischen Lage auf. Von West nach Ost kennzeichnet die natürliche Vegetation den Übergang vom Westseitenseeklima zum Kontinentalklima.

Die Laubwälder bestehen meist aus Rotbuchen, daneben sind die heute selten gewordenen Auwälder im Bereich der Flüsse und Seen und Eichen-Buchen-Mischwälder typisch; die Alpen und Mittelgebirge sind geprägt durchSchluchtwald. Der Pionierwald wird, besonders auf sandigen Flächen, vor allem von Birken und Kiefern gebildet. Allerdings werden die früher sehr verbreiteten Laubwälder mittlerweile oft durch Fichtenholzforste ersetzt.

Ohne menschlichen Einfluss würde die Vegetation in Deutschland, wie in den meisten Ländern der gemäßigten Breiten, hauptsächlich aus Wald bestehen. Davon ausgenommen sind die nährstoffarmen Heideniederungen und Moorlandschaften sowie die alpinen (Bayerische Alpen) und subalpinen (Hochschwarzwald, Hochharz und Westerzgebirge) Hochlagen, die äußerst vegetationsarm sind und in ihrem Klima kaltgemäßigt ausgeprägt sind.

Derzeit sind 29,5 Prozent der Staatsfläche bewaldet. Damit ist Deutschland eines der waldreichsten Länder in der EU, wobei die Baumarten im Wesentlichen durch die angestrebte Nutzung bedingt sind, das heißt der Anteil an Fichten- und Kiefernwäldern entspricht nicht den natürlichen Gegebenheiten, nach denen Buchenmischwälder vorherrschen sollten. Neben den natürlich vorkommenden Pflanzen spielen heute eine Reihe von eingeführten Arten wie die Robinie eine zunehmende Rolle in der Vegetation. Der größte Anteil des unbebauten Landes dient der Erzeugung vonNutzpflanzen. Dies sind überwiegend Getreide (Gerste, Hafer, Roggen und Weizen), die Kartoffel und der Mais, die aus Amerika eingeführt wurden, der Apfelbaum, sowie zunehmend Raps. In den Flusstälern, unter anderem von Mosel, Ahr und Rhein wurde die Landschaft für den Weinanbau umgestaltet.

### Fauna

Die meisten in Deutschland heimischen Säugetiere leben in den gemäßigten Laubwäldern. Im Wald leben unter vielen anderen Arten verschiedene Marderarten, Dam- und Rothirsche, Rehe, Wildschweine sowie Füchse. Biber und Otter sind seltener gewordene Bewohner der Flussauen, mit teilweise wieder steigenden Beständen. Andere ehemals in Mitteleuropa lebende Grsssäuger wurden ausgerottet: Auerochse (1846), Braunbär (1835), Elch (im Mittelalter noch zahlreich), Wildpferd (19. Jahrhundert), Wisent (17./18. Jahrhundert), Wolf (1904). In neuerer Zeit wandern gelegentlich einige Elche und Wölfe aus Polen und Tschechien ein, deren Bestände sich dort wieder vermehren konnten. Speziell im Fall von Wolf und Braunbär ist die Wiederansiedlung jedoch problematisch aufgrund des schlechten Rufs der Tiere.

Vom Wappenvogel Deutschlands, dem Seeadler, gibt es derzeit wieder etwa 500 Paare, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Der Steinadler kommt nur noch in den Bayerischen Alpen vor, der ehemals dort heimische Bartgeier wurde ausgerottet. Die häufigsten Greifvögel in Deutschland sind derzeit Mäusebussard und Turmfalke, dagegen ist der Bestand an Wanderfalken deutlich geringer. Über 50 Prozent des Gesamtbestandes an Rotmilanen brütet in Deutschland, der Bestand ist aber auf Grund der intensiven Landwirtschaft rückläufig. Dem gegenüber steht eine Vielzahl von Vögeln, die als Kulturfolger von der Anwesenheit des Menschen profitieren, insbesondere die in vielen Städten lebenden Stadttauben, Amseln (frühere Waldvögel), Spatzen und Meisen, für deren Überleben auch die Winterfutter-Industrie sorgt, sowie Krähen und Möwen auf Müllkippen. Eine Besonderheit ist die weltweit nördlichste Flamingo-Kolonie im Zwillbrocker Venn.

Der früher in den Flüssen häufig vorkommende Lachs wurde im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert weitgehend ausgerottet, konnte aber in den 1980er Jahren im Rhein wieder angesiedelt werden. Der letzte Stör wurde 1969 in Deutschland gefangen. In vielen Teichen werden die erst von den Römern eingeführten Karpfen gehalten.

Der an der Nord- und Ostseeküste lebende Seehund wurde zeitweise nahezu ausgerottet, mittlerweile gibt es im Wattenmeer wieder einige tausend Exemplare. Das Wattenmeer ist insbesondere im Winter Rastplatz für Vögel aus den nördlichen Breiten.

Zu den lange heimischen Tieren hat sich eine beachtliche Anzahl an Neozoen angesiedelt. Zu den bekanntesten Vertretern gehören Waschbär, Marderhund und Halsbandsittich.

### Naturschutz

Ziel des Naturschutzes in Deutschland ist es, Natur und Landschaft zu erhalten. Der Naturschutz ist somit öffentliche Aufgabe und dient dem im Grundgesetz Art. 20a verankerten Staatsziel. Wichtige Gegenstände des Naturschutzes sind Landschaften, Pflanzen und Tiere. Zu den wichtigsten Institutionen geschützter Gebiete und Objekte gehören derzeit unter anderem 14 Nationalparks, 19 Biosphärenreservate, 95 Naturparks sowie tausende von Naturschutzgebieten, Landschaftsschutzgebieten und Naturdenkmälern.

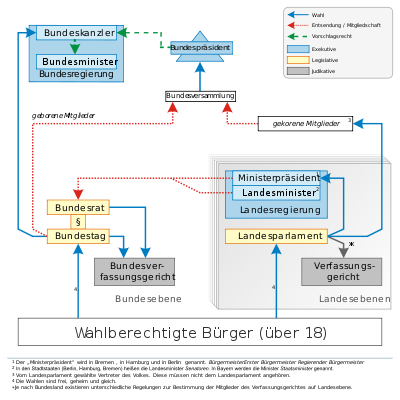
## Politik

### Staatsgründung

Bisher wurden sechs Verfassungen des seit 1871 existierenden Nationalstaats „Deutschland“ in Kraft gesetzt; die Daten ihrer Konstituierung werden unter staatsrechtlichen und ideengeschichtlichen Aspekten als Gründungsakte der jeweiligen deutschen Staatswesen betrachtet. Der 23. Mai 1949 ist das für die Gegenwart bedeutendste Gründungsdatum, da an diesem Tag die noch heute gültige Verfassung Deutschlands verkündet wurde.

Der Norddeutsche Bund, der 1866 als Militärbündnis gegründet worden war, erhielt zum 1. Juli 1867 eine Verfassung, die ihn in einen monarchischenBundesstaat unter preußischer Führung umwandelte. Auf dieser Verfassung beruhen die nachfolgenden Verfassungen des Deutschen Reiches von 1871 und 1919 sowie das Grundgesetz der Bundesrepublik von 1949, ferner gilt sie als Begründungsakt des von der Bundesrepublik noch heute innegehaltenen Völkerrechtssubjekts. Nach der Proklamation am 18. Januar 1871 trat am 16. April 1871 die Verfassung des Deutschen Reiches in Kraft. Verfassungsrechtlich handelte es sich dabei vor allem um den Beitritt souveräner Staaten (Bayern, Württemberg, Baden, Hessen) zum Norddeutschen Bund, dessen „Umbenennung“ in „Deutsches Reich“ und die Einführung des Kaisertitels. 1918/1919 erfolgte der Übergang zu einer neuen Staatsform: am 9. November 1918 wurde die „Deutsche Republik“ proklamiert, die mit dem Inkrafttreten der Verfassung am 11. August 1919 konstituiert wurde. Die auch Weimarer Verfassung genannte Konstitution galt während der Herrschaft der NSDAP 1933–1945 formell fort, war jedoch materiell überwiegend außer Kraft gesetzt. Im Nachkriegsdeutschland von 1945–1949 galt das Besatzungsrecht der Militärgouverneure und später der Hohen Kommissare des Alliierten Kontrollrats (Kontrollratsgesetze). 1949 wurden zwei Verfassungen in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wurde am 23. Mai 1949 verkündet und zum 24. Mai 1949 in Kraft gesetzt, wobei es aufgrund des Geltungsbereichs bis zur Deutschen Wiedervereinigung nur provisorischen Charakter besaß. Die erste Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik trat am 7. Oktober 1949 in Kraft und wurde am 9. April 1968 durch eine neue Verfassung ersetzt sowie 1974 revidiert. Zum 3. Oktober 1990 trat die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei.

### Staatsrecht

[](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Politisches_System_des_Bundes_und_der_L%C3%A4nder_in_Deutschland.svg&filetimestamp=20080520205956)

Als Völkerrechtssubjekt (Rechtspersönlichkeit im Völkerrecht) gilt die Bundesrepublik Deutschland nach herrschender Meinung als identisch mit dem 1867 zu einem Bundesstaat umgewandelten Norddeutschen Bund, der ab 1871Deutsches Reich hieß.

Die Bundesrepublik ist die historisch jüngste Ausprägung des deutschenNationalstaates, dessen Geschichte sich bis zur Einführung derbundesrepublikanischen Prinzipien des Grundgesetzes in verschiedene Phasen einteilen lässt:

* Norddeutscher Bund, 1867–1871 (1866 Militärbündnis)
* Deutsches Kaiserreich, 1871–1918
* Weimarer Republik, 1919–1933
* Zeit des Nationalsozialismus, 1933–1945: „Drittes Reich“ bzw. (ab 1943 offiziell)Großdeutsches Reich
* „Deutschland als Ganzes“ unter fremder Besatzung/Alliierter Kontrollrat, 1945–1949

Die deutschen Länder (Bundesländer) sind beschränkte Völkerrechtssubjekte, die mit Einwilligung der Bundesregierung eigene Verträge mit anderen Staaten eingehen dürfen. Die Bundesrepublik kann als die staatsrechtliche Verbindung ihrer Bundesländer angesehen werden. Demnach erhält sie erst durch diese Verbindung selbst Staatscharakter

* Hauptstadt und Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland ist gemäß Art. 22 Absatz 1 des Grundgesetzes Berlin. Nach Artikel 20 des Grundgesetzes ist die Bundesrepublik ein demokratischer, sozialer Bundesstaat. Bei diesem föderalen Rechtsstaat handelt es sich um eine parlamentarische Demokratie. Es gibt 16 Länder, von denen fünf wiederum in insgesamt 22 Regierungsbezirke untergliedert sind. Die Länder haben sich eigene Verfassungen gegeben.
* Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Staatsoberhaupt ist der Bundespräsident mit vor allem repräsentativen Aufgaben. Protokollarisch gesehen folgen ihm der Präsident des Deutschen Bundestages, der Bundeskanzler und der jeweils amtierende Bundesratspräsident, der gemäß Grundgesetz den Bundespräsidenten vertritt.
* Der Regierungschef Deutschlands ist der Bundeskanzler. Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt (Art. 63 GG), seine Amtszeit endet mit der Wahlperiode des Bundestages (Art. 69 Abs. 2 GG). Vor Ablauf der Wahlperiode des Bundestages kann der Bundeskanzler gegen seinen Willen nur dadurch aus dem Amt scheiden, dass der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt (Art. 67 GG, sogenanntes Konstruktives Misstrauensvotum). Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers ernannt (Art. 64 Abs. 1 GG), sie und der Bundeskanzler bilden die Bundesregierung (Art. 62 GG). Der Bundeskanzler besitzt dieRichtlinienkompetenz für die Politik der Bundesregierung (Art. 65 Satz 1 GG). Die sehr starke Stellung des Bundeskanzlers hat dazu geführt, dass das politische System der Bundesrepublik Deutschland als „Kanzlerdemokratie“ bezeichnet wird.

Als Bundesstaat ist Deutschland föderativ organisiert, das heißt, dass zwei Ebenen impolitischen System existieren: die Bundesebene, die den Gesamtstaat Deutschland nach außen vertritt, und die Länderebene, die in jedem Bundesland einzeln existiert. Jede Ebene besitzt eigene Staatsorgane der Exekutive (ausführende Gewalt), Legislative (gesetzgebende Gewalt) und Judikative (rechtsprechende Gewalt). Die Länder wiederum bestimmen die Ordnung ihrer Städte und Gemeinden.

Die Kompetenz zur Gesetzgebung liegt bei den Bundesländern, wenn nicht eine Gesetzgebungsbefugnis des Bundes besteht (Art. 70 GG). In Fällen der ausschließlichen Gesetzgebung hat nur der Bund die Gesetzgebungskompetenz (Art. 71 GG), in den Fällen der konkurrierenden Gesetzgebung liegt die Gesetzgebungsbefugnis vom Grundsatz her bei den Ländern, der Bund kann aber Gesetze erlassen, wenn dies zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder zur Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit erforderlich ist (Art. 72 GG).

Gesetzgebungsorgane des Bundes sind der Bundestag und der Bundesrat. Bundesgesetze werden vom Bundestag mit einfacher Mehrheit beschlossen. Sie werden wirksam, wenn der Bundesrat keinen Einspruch eingelegt hat oder, wenn das Gesetz der Zustimmung des Bundesrates bedarf, wenn der Bundesrat dem Gesetz zustimmt (Art. 77 GG). Eine Änderung des Grundgesetzes ist nur mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates möglich (Art. 79 GG).

In den Bundesländern entscheiden die Länderparlamente über die Gesetze ihres Landes.

Obwohl die Abgeordneten der Parlamente nach dem Grundgesetz nicht weisungsgebunden sind, dominieren in der Praxis Vorentscheidungen in denParteien die Gesetzgebung.

Die Exekutive wird auf Bundesebene durch die Bundesregierung gebildet, die durch den Bundeskanzler geleitet wird. Auf der Ebene der Länder leiten dieMinisterpräsidenten, in Hamburg und Bremen die Präsidenten des Senats; in Berlin der Regierende Bürgermeister, die Exekutive. Auch die Länder sindparlamentarische Demokratien und deren Regierungschefs durch die Landtage und Senate gewählt. Die Verwaltungen des Bundes und der Länder werden jeweils durch die Fachminister geleitet, sie stehen an der Spitze der Behörden.

Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Ausführung der Bundesgesetze obliegt grundsätzlich den Bundesländern, sofern das Grundgesetz keine abweichende Regelung trifft oder zulässt (Art. 30, Art. 83 GG).

### Staatsgebiet

Das Staatsgebiet der Bundesrepublik ergibt sich aus der Gesamtheit der Staatsgebiete seiner Länder. Anders als in anderen Bundesstaaten – beispielsweise in Australien (Capital Territory), Kanada (Territorien Kanadas) oder den Vereinigten Staaten von Amerika (District of Columbia) – gibt es in Deutschland kein Landgebiet des Bundes, das nicht zugleich Gebiet eines seiner Länder wäre (bundesunmittelbare Gebiete) und auch keine Gebiete eines seiner Länder, die nicht zugleich Bundesgebiet wären (bundesfreies Gebiet).

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde ihr Staatsgebiet mehrfach erweitert, vor allem 1957 durch die Eingliederung des Saarlandes, 1990 den Beitritt der DDR samt des Ostteils Berlins und der völkerrechtlich anerkannten Eingliederung West-Berlins, darüberhinaus zwischen 1949 und Anfang 1964 durch die Rückgabe von Gebieten, die nach dem Zweiten Weltkrieg Großbritannien (Helgoland), die Niederlande (u.a. Elten), Belgien (u.a.Mützenich), Luxemburg (ein Gebiet zwischen Vianden und Obersgegen) und Frankreich (Kehl am Rhein) zunächst als zu ihren Staatsgebieten zugehörig betrachteten, sowie durch mehrere Ausdehnungen der Seegrenzen in Nord- und Ostsee.

### Parteienlandschaft

Das politische Spektrum in Deutschland wird maßgeblich durch die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien geprägt, es sind derzeit in fünf Fraktionen sechs Parteien vertreten: CDU/CSU, gemeinsame Fraktion derUnionsparteien; Fraktionen mit einer Partei sind die SPD, die FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen.

Nahezu allen einflussreichen Parteien stehen – mehr oder weniger selbständig – Jugendorganisationen zur Seite. Die wichtigsten sind die Junge Union (CDU/CSU), die Jusos (SPD), die Jungen Liberalen (FDP), Linksjugend ['solid] (Die Linke) sowie die Grüne Jugend (Bündnis 90/Die Grünen).

### Außen- und Sicherheitspolitik

Die wichtigsten Leitlinien deutscher Außenpolitik sind die Westbindung und die europäische Integration. Deutschland hat am Aufbau europäischer Organisationen einen entscheidenden Anteil; Ziel war dabei auch, den Nachbarn Angst vor Deutschland zu nehmen und die Beschränkungen durch die Besatzungsmächte überflüssig zu machen. Die Bundesrepublik ist seit 1950 Mitglied des Europarates und unterschrieb 1957 die Römischen Verträge, den Grundstein für die heutige Europäische Union. Zentraler Aspekt für die Sicherheitspolitik und Ausdruck der Westbindung ist die Mitgliedschaft in der NATO, der die Bundesrepublik 1955 beitrat.

[](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Berlin_auswaertigesamt_kl.jpg&filetimestamp=20070608184746)

Abbildung 5: Auswärtiges Amt, Berlin

Während des Kalten Krieges war der Spielraum deutscher Außenpolitik begrenzt. Als eines der wichtigsten Ziele galt die Wiedervereinigung. Militäreinsätze im Ausland kamen nicht in Frage. Laut Grundgesetz darf sich die Bundeswehr an Angriffskriegen nicht beteiligen, ihre Aufgabe besteht lediglich in der Landes- und Bündnisverteidigung. Durch die der sozialliberalen Koalition ab 1969 initiierte „Neue Ostpolitik“ unter dem Motto Wandel durch Annäherung, die zunächst von wichtigen Verbündeten sehr skeptisch betrachtet wurde, konnten dennoch eigenständige politische Akzente gesetzt werden. Später wurde diese Politik grundsätzlich auch von der liberalkonservativen Kohl-Regierung seit 1982 fortgesetzt.

Seit der Wiedervereinigung hat Deutschland seine außenpolitischen Grundsätze erweitert und einen Weg zu größerer internationaler Verantwortung eingeschlagen. So nimmt die Bundeswehr seit 1991 mit Zustimmung des Bundestages und zusammen mit verbündeten Armeen an verschiedenen friedenserhaltenden und -erzwingenden Einsätzen auch außerhalb Deutschlands und des Territoriums der NATO-Verbündeten teil (Out-Of-Area-Einsätze).

Traditionell spielt Deutschland zusammen mit Frankreich eine führende Rolle in der Europäischen Union. Deutschland treibt die Bemühungen voran, über die Wirtschafts- und Währungsunion hinaus ein einheitliches und wirkungsvolles System der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu schaffen.

Weitere außenpolitische Ziele sind die Verwirklichung des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz sowie die weltweite Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshofs. Bedeutendes Interesse hat Deutschland auch an einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts. Aufgrund der schwierigen Materie und den Begrenzungen deutscher Politik besteht der Beitrag vor allem in der Bereitstellung informeller Kontaktmöglichkeiten zwischen den beteiligten Parteien.

Die Bundesregierung lehnte den Irak-Krieg 2003 ab, da sie die Existenz von Massenvernichtungswaffen bezweifelte, eine diplomatische Lösung bevorzugte und um erhebliche Gefahren für die politische Stabilität des gesamten als fragil eingestuften Raumes fürchtete. Dafür wurde sie von wichtigen Verbündeten stark kritisiert. Zusammen mit den Verbündeten Großbritannien und Frankreich bemüht sich die Bundesrepublik, den Iran im Dialog dazu zu bewegen, auf die Weiterführung seines Kernenergieprogramms zu verzichten.

Die Bundesregierung strebt einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Die Durchsetzung dieses Zieles wird jedoch aufgrund des Widerstands anderer, teils verbündeter Staaten erschwert und hat nur geringe Aussicht auf Erfolg. So würden zwar Frankreich und Großbritannien die G4-Staaten (Deutschland, Indien, Japan und Brasilien) grundsätzlich unterstützen; jedoch beziehen die USA zu einem deutschen Sitz bisher keine Stellung.

Im Jahr 2006 veröffentlichte das Bundesverteidigungsministerium ein neues Weißbuch, welches die Einbettung der Bundeswehr in friedenssichernde Maßnahmen auch in entlegenen Regionen der Erde vorsieht.

## Militär

Nach ihrer Gründung 1949 durfte die Bundesrepublik Deutschland zunächst keine eigenen Streitkräfte aufstellen. Unter dem Eindruck des Koreakrieges und der sowjetischen Politik in Osteuropa wurde es der Bundesrepublik im Rahmen der Wiederbewaffnung gestattet, zunächst 1951 eine Grenzschutzpolizei und 1955 Streitkräfte aufzustellen, um der NATO beizutreten. Nach der Wiedervereinigung wurden Teile der Nationalen Volksarmee der DDR in diese Streitkräfte eingegliedert.

Die als Bundeswehr bezeichnete militärische Gesamtorganisation besteht aus den Streitkräften und ihrer Verwaltung. Die Streitkräfte gliedern sich in die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine und die unterstützenden Organisationsbereiche Streitkräftebasis und Zentraler Sanitätsdienst.

In der Bundeswehr dienten im Dezember 2007 245.000 Soldaten und 120.000 zivile Mitarbeiter. Seit 2001 haben auch Frauen uneingeschränkten Zugang zum Dienst in den Streitkräften. Ihr Anteil beträgt 7,9 Prozent der Soldaten (Stand: 2007). Die Bundesrepublik Deutschland gibt im Jahr 2008 29,45 Milliarden Euro für die Bundeswehr aus, was einen Anteil von etwa 1,2 Prozent am BIP entspricht. Dies liegt unter dem Durchschnitt der NATO-Mitgliedsstaaten von 2,3 Prozent.

Es besteht eine grundsätzliche Wehrpflicht für Männer, der Dienst dauert neun Monate. Alternativ kann als Ersatz ein Zivildienst (Dauer ebenfalls neun Monate), ein Auslandsjahr (zwölf Monate) oder eine mindestens sechsjährige Mitarbeit im Katastrophenschutz oder in der Feuerwehr abgeleistet werden.

Bis 2005 waren auf dem US-Stützpunkt Ramstein und dem Luftwaffenstützpunkt Büchel (beide in Rheinland-Pfalz) noch 150 US-amerikanische Kernwaffen stationiert. Heute lagern noch 20 Sprengköpfe in Büchel, an deren Einsatzplanung Deutschland im Rahmen der nuklearen Teilhabebeteiligt ist.

## Polizei und Nachrichtendienste

[](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Polizeiwagen_blau.jpg&filetimestamp=20050501202425)

Abbildung 6: Seit 2005 alte grün-weiße Polizeifahrzeuge durch blau-silberne ersetzt

### Polizei

Zuständig für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik sind die Polizeien der Länder, welche zum Teil in Vollzugs- und Ordnungspolizei geteilt werden. Dabei übernimmt die Ordnungspolizei verwaltungstechnische Aufgaben, während die Vollzugspolizei den Großteil der Aufgaben zur Gefahrenabwehr übernimmt. Zur Vollzugspolizei gehören etwa die Schutzpolizei, die Bereitschaftspolizei sowie die Kriminalpolizei. Der Kriminalpolizei steht zudem das Bundeskriminalamt beziehungsweise die einzelnen Landeskriminalämter vor. Das Bundeskriminalamt ist direkt dem Bundesministerium des Innern unterstellt und damit die höchste Ermittlungsbehörde in Deutschland. Zur Bundespolizei (ehemals Bundesgrenzschutz) gehören unter anderem die Spezialeinheit GSG 9 der Bundespolizei sowie die Mobile Fahndungseinheit.

### Nachrichtendienste

Für die nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung, die Spionageabwehr und den Verfassungsschutz sind in Deutschland drei verschiedene Dienste zuständig. Der Bundesnachrichtendienst (BND) als klassischer Auslandsgeheimdienst, dasBundesamt für Verfassungsschutz und die nachgeordneten Landesbehörden für Verfassungsschutz als Inlandsgeheimdienst und der Militärische Abschirmdienst (MAD) als militärischer Nachrichtendienst.

## Geschichte

Die ältesten Siedlungsbelege auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland sind etwa 700.000 Jahre alt, man geht von einer dauerhaften Besiedlung seit rund 500.000 Jahren aus. In Deutschland existieren bedeutende paläoanthropologische Fundstätten: Nach dem Fundort bei Heidelberg wurde die Hominini-Art Homo heidelbergensis und nach dem Neandertal in Mettmann der Homo neanderthalensis, der aus dem Homo heidelbergensis hervorgegangene Neandertaler, benannt. Dieser wurde vor etwa 40.000 Jahren von dem aus Afrika zugewanderten Homo sapiens, dem modernen Menschen, verdrängt.

In der Jungsteinzeit entwickelten sich Ackerbau, Viehzucht und feste Siedlungsplätze. Aus dieser Zeit sind einige bedeutende kulturelle Funde erhalten, wie etwa die Himmelsscheibe von Nebra, die darauf deutet, dass schon um 2000 v. Chr. in dieser Region Astronomie betrieben wurde.

Erste schriftliche Erwähnung finden keltische und germanische Stämme bei den Griechen und Römern in der vorchristlichen Zeit. Um 500 v. Chr. war das heutige Süddeutschland keltisch und das heutige Norddeutschland germanisch besiedelt. Die Germanen wanderten im Laufe der Jahrhunderte südwärts, so dass um Christi Geburt die Donau die ungefähre Siedlungsgrenze zwischen Kelten und Germanen war. Hierdurch gelangten keltische Orts- und Gewässernamen sowie keltische Lehnwörter in die germanischen Mundarten.

Von 58 v. Chr. bis etwa 455 n. Chr. gehörten die Gebiete links des Rheins sowie südlich der Donau zum Römischen Reich, von etwa 80 bis 260 n. Chr. auch der größte Teil des heutigen Baden-Württemberg südlich des Limes. Die Gebiete im heutigen Deutschland verteilten sich auf die Provinzen Germania Superior, Germania Inferior und Raetia. In diesem Gebiet gründeten die Römer viele Legionslager, die sich später zu Städten entwickelten. Wichtigste Städte zu römischer Zeit waren Köln, Trier (die ältesten Städte Deutschlands), Mainz und Augsburg.

Zur Sicherung der Grenzen siedelten die Römer befreundete germanische Stämme in den Provinzen an. Außerdem wanderten Siedler aus anderen Teilen desRömischen Reiches, insbesondere aus Italien, ein und wurden westlich des Rheins und südlich der Donau sesshaft. Weitreichende Neuerungen, die auch das deutsche Vokabular beeinflussten, führten die Römer insbesondere in Hausbau, Handwerk, Wein- und Ackerbau sowie Verwaltung und Militär ein. Eine erste Geschichte Gesamtgermaniens verfasste der römische Schreiber Tacitus im Jahr 98.

### Völkerwanderung und Mittelalter

[](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Treaty_of_Verdun.svg&filetimestamp=20070318150737)

Abbildung 7: Die Gebietsaufteilung im Vertrag von Verdun

Nach dem Einfall der Hunnen 375 und zeitgleich mit dem Niedergang Westroms ab 395 setzte die Völkerwanderungein, in deren Verlauf die germanischen Stämme immer weiter nach Südwesten zogen. In die fast menschenleeren Gebiete des heutigen Ostdeutschland wanderten am Ende der Spätantike im 7. Jahrhundert bis zur Elbe-Saale-Linieslawische Stämme ein. Weite Teile der Bevölkerung der heutigen ostdeutschen Bundesländer waren daher bis ins hohe Mittelalter slawisch geprägt (Germania Slavica). Erst im Zuge der hochmittelalterlichen Ostsiedlung wurden sie assimiliert und akkulturiert. Sprachforscher schätzen, dass etwa ein Drittel der heutigen deutschen Familiennamen slawischen Ursprungs sind. Der Hauptteil West- und Mitteleuropas wurde vom Frankenreich eingenommen, das heutige Norddeutschland wurde von den Sachsen beherrscht.

Nach der blutigen Unterwerfung und Zwangsmissionierung der Sachsen unter Karl dem Großen erstreckte sich das Frankenreich bis zur Nordsee, der Eider und dem heutigen Österreich. Auf dem Höhepunkt der fränkischen Macht stellte Karl der Große einen Anspruch auf die Führungsmacht in Europa. 800 ließ er sich in Rom zum Kaiser krönen. Doch die Einheit seines Reiches währte nicht lange: Streitigkeiten unter seinen Nachfolgern bewirkten im Vertrag von Verdun (843) die Dreiteilung des Reiches in das Ostfrankenreich, unter König Ludwig Germanicus (später: „dem Deutschen“), das Westfrankenreich unter König Karl dem Kahlen und dem zwischen ihnen liegenden Königreich Lothars I., das den Namen Lotharingien erhielt.

### Heiliges Römisches Reich (962–1806)

[](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:HRR_10Jh.jpg&filetimestamp=20061023113050)

Abbildung 8: Das Heilige Römische Reich im 10. und 11. Jahrhundert

Als traditioneller Beginn der deutschen staatlichen Tradition wird oft der 2. Februar 962 angesehen, an dem Otto I. in Rom zum römisch-deutschen Kaiser gekrönt wurde. Der Terminus regnum teutonicum („deutsches Reich“) wurde ab dem 10. Jahrhundert als Bezeichnung für das Ostfrankenreich benutzt.

Während sich das Westfrankenreich mit der Zeit zum französischen Zentralstaat entwickelte, blieb das Ostfrankenreich durch Territorialfürsten geprägt. Obwohl die Kaiser wiederholt versuchten, ihre Position zu stärken, blieb das Reich ein supranationaler Verband souveräner großer, mittelgroßer und vieler Klein- und Kleinstterritorien sowie Freier Reichsstädte. Nach der Reformation und demDreißigjährigen Krieg hatte der Kaiser nur noch eine formale Machtstellung.

Im 17./18. Jahrhundert entwickelte sich nach französischem Vorbild der Absolutismus, der jedoch anders als dort nicht die Zentralgewalt, sondern einzelne (Landes-)Fürstentümer zu bürokratisch organisierten, modernen Staaten werden ließ. Manche Herrscher, insbesondere König Friedrich II. von Preußen, aber partiell auch seine kaiserlichen Dauerrivalen Maria Theresia, Franz I. und Joseph II., öffneten sich dem philosophischen Zeitgeist (Aufgeklärter Absolutismus).

Dieser Zustand währte bis 1806, als Napoléon I. in seinen Eroberungskriegen Mitteleuropa überrannte und das schwache Reichsgebilde zum Einsturz brachte.

Der letzte Kaiser des faktisch nur noch formell bestehenden Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, Franz II., der erst 1804 auch Kaiser desösterreichischen Vielvölkerstaates geworden war, legte daher die Reichskrone nieder. Damit erlosch das Reich.

### Rheinbund/Österreich/Preußen (1803/1806–1815)

Unter Napoléons Einfluss war zwischen 1803 und 1806 die Anzahl der Staaten im Gebiet des „Alten Reiches“ von etwa 300 auf etwa 60 verringert worden. Flächenmäßige Nutznießer dieses Prozesses waren vor allem Preußen, Bayern, Württemberg und Baden. Die neuen Staaten waren teilweise im von Napoléon geschaffenen und kontrollierten Rheinbund vereinigt. Eigenständig blieben nur Österreich und Preußen.

Nach der Niederlage Napoléons restaurierte der Wiener Kongress (1814–1815) weitgehend die alten monarchischen Herrschaftsverhältnisse. Im Deutschen Bund, einem von Österreich und Preußen dominierten Staatenbund, organisierten sich 38 Staaten. Der Bundestag, mit Sitz in Frankfurt am Main, bildete das Entscheidungsgremium. 1833/1834 wurde der Deutsche Zollverein geschaffen, in dem das wieder erstarkte Preußen dominierende Macht war.

In der Ära des Vormärz bewahrte der Hochadel mit Hilfe einer in den Karlsbader Beschlüssen gipfelnden, konsequent betriebenen Repression und Restauration seine Macht. Das wirtschaftlich weiter erstarkende Bürgertum forderte jedoch weiter Teilhabe an der politischen Macht. Im Oktober 1817 trafen sich Professoren und Studenten zumWartburgfest. „Höhepunkt“ war die Verbrennung von Werken von Autoren, die gegen einen deutschen Staat waren, wie zum Beispiel August von Kotzebue. Zum später sogenannten Hambacher Fest trafen sich 1832 über 30.000 Menschen aus vielen Bevölkerungskreisen und Staaten. Dort wurden die Farben Schwarz-Rot-Gold gehisst, die später zu den Nationalfarben wurden (siehe auch Flagge Deutschlands).

[](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Maerz1848_berlin.jpg&filetimestamp=20051011073610)

Abbildung 9: Jubelnde Revolutionäre nach Barrikadenkämpfen am 19. März 1848 in Berlin

Am 1. März 1848 begann mit der Besetzung des Ständehauses des badischen Landtags in Karlsruhe die Märzrevolution. Durch Aufstände der Bürger mussten viele konservative Politiker ihren Platz räumen, unter ihnen der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich, der noch im Wiener Kongress die Monarchie nach Napoléons Abtreten mitrestauriert und die Epoche seitdem geprägt hatte.

Unter dem Druck der revolutionären Ereignisse in Berlin seit dem 6. März 1848 gab der preußische König Friedrich Wilhelm IV. zunächst nach, machte Zugeständnisse und akzeptierte vorerst die Einrichtung der Frankfurter Nationalversammlung. Die von jener ausgearbeitete Paulskirchenverfassung, die Deutschland in eine geeinte konstitutionelle Monarchie umgewandelt hätte, lehnte er jedoch ebenso ab wie die ihm angetragene Kaiserkrone, die er als bürgerliche „Lumpenkrone“ bezeichnete.

Am 23. Juli 1849 endete die Märzrevolution mit der Einnahme von Rastatt durch preußische Truppen.

Bald danach kam es zur Kollision Preußens mit der Großmacht Österreich um die Vormachtstellung im Deutschen Bund, die zum Preußisch-Österreichischen Krieg (später auch „Deutscher Krieg“) von 1866 führte. Nachdem Preußendiesen Krieg für sich entschieden hatte, kam es zur Auflösung des Deutschen Bundes. Preußen annektierte etliche nord- und mitteldeutsche Kriegsgegner, so dass sich die Zahl der deutschen Staaten weiter verringerte.

### Norddeutscher Bund (1866–1871)

1866 wurde zunächst als Militärbündnis der Norddeutsche Bund gegründet. Er bekam 1867 eine Verfassung, die ihn zum Bundesstaat machte.

Die Gründung des Norddeutschen Bundes als souveränen Staat zum 1. Juli 1867 unter preußischer Führung leitete die sogenannte kleindeutsche Lösungein. Diese zielte entsprechend der Intention Bismarcks auf eine staatliche Einigung deutscher Einzelstaaten unter der Hegemonie Preußens ohne die damalige Großmacht Österreich.

### Deutsches Kaiserreich (1871–1918)

Das Deutsche Reich wurde nach dem gewonnenen Deutsch-Französischen Krieg1870/1871 und der Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. vom ehemaligen Amt des Vorsitzenden des Bundesrates zum Deutschen Kaiser im Spiegelsaal von Versailles ausgerufen.

Mit der Reichsgründung wurden Gebiete eingegliedert, die noch nie oder lange nicht mehr zum Heiligen Römischen Reich gehört hatten. Dazu gehörten West-,Ostpreußen, das überwiegend polnischsprachige Gebiet Posen und Schleswig.Frankreich trat (deutsch- und französischsprachige) Teilgebiete der RegionenLothringen und Elsass ab, welche als direkt von der Zentrale verwaltetes „Reichsland Elsass-Lothringen“ ohne Gliedstaatrechte konstituiert wurden.

Otto von Bismarck hatte als preußischer Ministerpräsident auf die Reichsgründung hingewirkt, maßgeblich die Verfassung entworfen und wurde nun erster Reichskanzler. Seine Politik stützte die Macht des monarchischen Staates, war aber flexibel und letztlich zwiespältig:

* Gegen die katholische Kirche führte er einen sogenannten Kulturkampf, in dessen Folge sogar Bischöfe inhaftiert wurden; inhaltlich waren die entsprechenden Gesetze (zur Schule, zur Ehe) oft eher liberal.
* Um die Liberalen zu schwächen, führte Bismarck bei Reichstagswahlen das demokratische Wahlrecht für alle Männer ein. Nationalliberale waren andererseits lange Zeit Partner Bismarcks.
* Bismarck bekämpfte die Sozialdemokratie seit 1878 mithilfe der Sozialistengesetze, versuchte aber, die Arbeiter durch eine moderne Sozialgesetzgebung an den Staat zu binden.

Seine anfangs aggressive Außenpolitik änderte sich ab der Reichsgründung zu einer Bündnispolitik, die ein defensives Bündnissystem schuf, mit Deutschland als halbhegemonialer Macht in der Mitte Europas. Frankreich wurde isoliert und ermutigt, sich auf seine Kolonien (und nicht auf das verlorene Elsass-Lothringen) zu konzentrieren.

Bismarck war gegenüber der Erwerbung von Kolonien skeptisch. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und Kolonialpolitik deutscher Kaufleute führten trotzdem dazu, dass eine Gruppe auf der Berliner Kongo-Konferenz Deutschland 1884 sich bei der Teilung Afrikas Gebiete zusprach und damit in den Kreis der Kolonialmächte eintrat, nachdem schon in den frühen 1880er Jahren deutsche Vereine Territorien in Afrika und Asien erworben hatten.

Im „Dreikaiserjahr“ 1888 kam Wilhelm II. an die Macht, der schon 1890 Bismarck zum Rücktritt zwang und die Außenpolitik in Richtung konfrontaler Großmacht- und Weltmachtpolitik änderte. Durch den neuen Kurs isolierte sich das Reich selber und ein neues Bündnissystem entstand. Das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand löste im Jahre 1914 den Ersten Weltkrieg aus. Mehr als zwei Millionen deutsche Soldaten starben im Ersten Weltkrieg, rund 800.000 Zivilisten starben an Hunger.

### Weimarer Republik (1919–1933)

Mit der deutschen Kapitulation 1918 und der Novemberrevolution endete nicht nur der Erste Weltkrieg, sondern auch die Monarchie im Deutschen Reich. Im Vertrag von Versailles wurden erhebliche Gebietsabtretungen sowieReparationen festgelegt.

Mit der Ausrufung der Republik wurde am 9. November 1918 das Kaisertum beendet. Am 30. November 1918 erhielten die Frauen mit der „Verordnung über die Wahlen zur Verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz)“ aktives und passives Wahlrecht. Die Revolutionsregierung aus rechten und linken Sozialdemokraten nannte sich „Rat der Volksbeauftragten“. Nach der Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung trat die Weimarer Verfassung am 11. August 1919 in Kraft.

Die Hypothek der Reparationszahlungen belastete von Beginn an das politische Klima der jungen Republik. Die von rechtsextremen Kräften verbreiteteDolchstoßlegende führte zu politischen Morden und Putschversuchen, von denen die wichtigsten der Kapp-Putsch 1920 und der Hitler-Ludendorff-Putsch1923 waren. Wichtige Vertreter der demokratischen Kräfte wie Matthias Erzberger und Walther Rathenau wurden von nationalistischen Attentätern ermordet. Der erste Reichskanzler Philipp Scheidemann überlebte einen Anschlag nur knapp. Andererseits gab es mehrere Aufstände von Kommunisten, wie den Ruhraufstand 1920, die Märzkämpfe in Mitteldeutschland 1921 und den Hamburger Aufstand 1923.

In den kurzen „goldenen Zwanzigern“ blühte die Kultur und ab 1924 auch die Konjunktur auf und das mittlerweile über vier Millionen Einwohner zählende Berlin wurde zu einer der dynamischsten Städte Europas.

Ein jähes Ende erfuhr die Prosperität 1929 im Gefolge des Schwarzen Donnerstags, als durch den Zusammenbruch der New Yorker Börse dieWeltwirtschaftskrise ausgelöst wurde. Zu deren Höhepunkt 1932 gab es in Deutschland mehr als sechs Millionen Arbeitslose, die größtenteils in Elend lebten. In der Folge fanden extremistische Parteien noch stärkeren Zulauf als zuvor, sodass es für die gemäßigten Parteien zunehmend schwieriger wurde, stabile Regierungen zu bilden. Nach dem Erdrutschsieg der Nationalsozialisten 1930 verfügten die Reichskanzler, die in rascher Folge wechselten, über keine parlamentarische Mehrheit mehr. Die sogenannten Präsidialkabinette waren nur noch vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und dessenNotverordnungen abhängig.

Die Spar- und Deflationspolitik des Reichskanzlers Brüning verschärfte die wirtschaftliche Krise noch weiter. Dessen Nachfolger Franz von Papen (Juni–November 1932) unterstellte die demokratische Regierung Preußens einem Reichskommissar („Preußenschlag“) und ließ Neuwahlen abhalten, bei denen die Nationalsozialisten noch stärker wurden. Reichskanzler Kurt von Schleicher versuchte durch eine „Querfront“ von Gewerkschaften und Teilen der Nationalsozialisten eine Machtübernahme Adolf Hitlers zu verhindern, scheiterte aber an Franz von Papen, der Hindenburg dazu überredete, Hitler trotz starken Widerwillens zum Reichskanzler zu ernennen.

Hitlers Regierung vom 30. Januar 1933 war zunächst eine Koalition von Nationalsozialisten und Teilen der Konservativen, darunter Franz von Papen undAlfred Hugenberg. Am 27. Februar kam es zum Reichstagsbrand, dessen Ursache immer noch nicht geklärt ist. Hitler nutzte die Brandstiftung, um die sogenannte Reichstagsbrandverordnung zu verabschieden, die auf unbestimmte Zeit die Grundrechte außer Kraft setzte. Die nun folgenden Massenverhaftungen politischer Gegner, insbesondere Kommunisten und Sozialdemokraten, prägten das Vorfeld der Reichstagswahl 1933. Trotz erheblicher Stimmengewinne verfehlte die NSDAP auch hier die absolute Mehrheit und ging daher ein Bündnis mit der reaktionär geprägten DNVP ein. Die endgültige Machtübernahme erfolgte fünf Tage später, als der neu zusammengetretene Reichstag mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen allein die Stimmen der SPD ein Ermächtigungsgesetz verabschiedete, welches Hitlers Regierung das Recht zubilligte, Gesetze auch ohne den Reichstag zu beschließen.

### Nationalsozialistische Diktatur (1933–1945)

Die NSDAP errichtete im Deutschen Reich innerhalb kürzester Zeit einen totalitären Einparteienstaat unter Führung Adolf Hitlers. Missliebige Personen wurden aus allen staatlichen Organisationen entfernt. Es wurden ersteKonzentrationslager errichtet, um politische Gegner zu beseitigen, insbesondere Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Eine Reihe von Direktiven sorgte für die völlige Gleichschaltung der öffentlichen Meinung im Sinne der NSDAP. Missliebige Publikationen wurden, beispielsweise in der öffentlichkeitswirksamen Bücherverbrennung, aus dem Verkehr gezogen und der gesamte Kunstbetrieb auf Parteilinie gebracht – unerwünschte Kunstwerke wurden für „entartet“ erklärt. Innerhalb kürzester Zeit durchdrang die Partei auch das Privatleben, indem die von Joseph Goebbels gesteuerte Propaganda allgegenwärtig wurde und bereits auf Kinder Druck ausgeübt wurde, den Parteiorganisationen beizutreten.

Persönlich sicherte sich Hitler ab, indem er auch innerparteiliche Gegner und ehemalige Weggefährten ermorden ließ. Im angeblichen Röhm-Putsch ließ er am 30. Juni 1934 den SA-Führer Röhm und eine Reihe innenpolitischer Gegner töten, woraufhin auch die ihm lästig gewordene SA entmachtet wurde. Stattdessen setzte er auf die ihm bedingungslos ergebene SS und die Reichswehr, deren Generalität auf ihn persönlich ihren Treueeid ablegte. DieGestapo wurde als politische Polizei zur Bekämpfung der politischen und ideologischen Gegner eingesetzt.

Von Beginn an verfolgte Hitler zwei Ziele: einen Angriffs- und Vernichtungskrieg zur Schaffung neuen „Lebensraumes im Osten“ und die Verfolgung der Juden, die mit Diskriminierung, Demütigung und Ausgrenzung begann und später im Holocaust endete. Nachdem sich Hitler der Gefolgschaft des Militärs versichert hatte, begann schon ab 1934 die Ausrichtung der Wirtschaft auf einen bevorstehenden Krieg: Die Rüstungsausgaben wurden innerhalb kürzester Zeit auf gewaltige Summen getrieben. Arbeitsprogramme, eine enthemmt expansive Geldpolitik und Schuldenwirtschaft waren die wirtschaftspolitischen Instrumente hierfür. Die dadurch sinkende Arbeitslosigkeit wurde von der Bevölkerung begrüßt und als Einlösung wirtschaftlicher Versprechen aufgenommen.

[](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Auschwitz-birkenau-main_track.jpg&filetimestamp=20070409155542)

Abbildung 10: Das Eingangstor und Hauptgleis zum Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau

Das Schicksal der Juden verschlimmerte sich kontinuierlich: 1935 wurden die Nürnberger Rassengesetzeverabschiedet, die persönliche Beziehungen zwischen „Ariern“ und Juden als „Rassenschande“ brandmarkten und schwer bestraften. Juden verloren zuerst alle öffentlichen Ämter, wurden willkürlich verfolgt, bestohlen und erpresst und schließlich mit einem völligen Berufsverbot belegt. Unter dem Begriff „Arisierung“ wurden alle jüdischen Unternehmen enteignet. Immer häufiger wurden nun auch Juden in Konzentrationslager eingewiesen. Viele fassten den Entschluss zur Emigration, die meisten aber blieben in Deutschland, weil sie sich als Deutsche fühlten und ihre Heimat nicht verlassen wollten.

Die rassistische Weltsicht der Nationalsozialisten und ihre Bemühungen zur Züchtung einer „Herrenrasse“ betraf auch andere Bevölkerungsgruppen: Roma, Sinti, Jenische, Polen, Russen. Homosexuelle und Behinderte wurden ebenso Opfer von Repression, Gewalt und Mord.

Währenddessen feierte das Regime einige Propagandaerfolge. 1935 stimmte das Saarland für eine Rückkehr ins Reich und wurde eingegliedert, 1936 verbesserten die Olympischen Spiele das Ansehen im Ausland, im gleichen Jahr wurde das entmilitarisierte Rheinland wieder besetzt. Die aggressive Expansion über die deutschen Grenzen hinaus begann mit dem Anschluss vonÖsterreich im Jahr 1938, der unter dem Jubel großer Teile der Bevölkerung betrieben wurde, woraufhin Deutschland als „Großdeutsches Reich“ bezeichnet wurde – ab dem 26. Juni 1943 trug das Deutsche Reich hinfort auch offiziell den Namen Großdeutsches Reich. Gemäß dem Münchner Abkommenerreichte Hitler im November 1938 die Annexion des mehrheitlich von Deutschen besiedelten Sudetenlandes.

Erst als Deutschland im März 1939 auch in das restliche Tschechien einmarschierte und es als „Protektorat Böhmen und Mähren“ dem Reichsgebiet zuschlug, ebenso wie das von Litauen rückabgetretene Memelland, erkannten die anderen Staaten den Fehler, den sie mit ihrer Beschwichtigungspolitik(Appeasement) begangen hatten.

Als Deutschland schließlich am 1. September 1939 Polen angriff, war die Geduld der Alliierten erschöpft. Großbritannien und Frankreich erklärten Deutschland den Krieg. Der Zweite Weltkrieg forderte in sechs Jahren 55 Millionen Tote. Mit einer Serie erfolgreicher Aktionen, die als Blitzkrieg in die Geschichte eingingen, gelangen Deutschland zunächst bedeutende militärische Erfolge. Polen wurde im Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalinaufgeteilt, die Wehrmacht warf anschließend ihre Armeen nach Westen, überfiel die neutralen Staaten Luxemburg, Belgien und Niederlande und besetzte innerhalb von sechs Wochen Frankreich. Zu diesem Zeitpunkt erreichte Hitlers Popularität im Volk seinen Höhepunkt, und das Deutsche Reich erstreckte sich nun vom Elsass bis nach Krakau.

Mit Kriegsbeginn war auch das Schicksal der Juden und der anderen verfolgten Minderheiten besiegelt. Die Ausreise wurde verboten, die Juden wurden inGhettos gezwungen und mussten den „Judenstern“ tragen. Bei unzureichender Verpflegung und ständig ausbrechenden Seuchen mussten sieZwangsarbeit in der Kriegswirtschaft verrichten. Viele von ihnen starben an Entkräftung, Hunger oder Misshandlungen.

Im Jahre 1941 begann die systematische Ermordung der Juden – der genaue Zeitpunkt oder ein einzelner Befehl Hitlers dazu ist nicht bekannt. Auf derWannseekonferenz im Januar 1942 wurden dazu administrativ die Weichen gestellt. Die mit der Ausführung vor allem beauftragte SS errichtete auf ehemals polnischem oder sowjetischem Gebiet Vernichtungslager, in denen die meisten Opfer, in Viehwaggons herangebracht, sofort vergast wurden. Allein in Auschwitz-Birkenau wurden auf diese Art über eine Million Menschen ermordet. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Ermordeten auf ungefähr sechs Millionen.

Zwischenzeitlich hatte Hitler der Sowjetunion den Krieg erklärt (Russlandfeldzug 1941–1945). Seit Juni 1941 marschierte das Heer scheinbar unaufhaltsam auf Moskau vor und wurde erst im Dezember gestoppt. Nachdem der Kriegsverbündete Japan im selben Monat die amerikanische Marine in Pearl Harbor überfallen hatte, erklärte Deutschland auch den USA den Krieg. Mangelnde Ressourcen und die Übermacht des Gegners ließen schon bald die Kriegswende eintreten. Als überdeutliches Zeichen dafür wird gemeinhin die erbittert geführte und verlorene Schlacht um Stalingrad angeführt, die in der völligen Aufreibung der deutschen 6. Armee endete.

Je unvermeidlicher die Niederlage wurde, desto härter wurde die Politik nach innen geführt. Goebbels rief im Berliner Sportpalast 1943 den „totalen Krieg“ aus. Die gesamte Produktion wurde nun auf den Krieg ausgerichtet, während die deutschen Armeen an fast allen Fronten zurückwichen und die Alliierten die deutschen Städte bombardierten. Erst als die sowjetischen Armeen schon Berlin eingenommen hatten, nahm sich Hitler am 30. April 1945 in seinem Führerbunker das Leben. Die deutsche bedingungslose Kapitulation folgte am 8. Mai. Die überlebenden politischen und militärischen Hauptverantwortlichen wurden später in den Nürnberger Prozessen verurteilt.

Die alliierten Siegermächte, zunächst die USA, die Sowjetunion und das Vereinigte Königreich, später auch Frankreich, bemühten sich anfangs noch um eine gemeinsame Besatzungspolitik. Einig war man sich über eine Demilitarisierung und die sogenannte Entnazifizierung. Aber schon bei der Frage, was man unter einer Demokratie zu verstehen habe, zeigten sich erste Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion einerseits und den Westmächten andererseits.

Auf Betreiben Stalins, der Ostpolen annektiert und der Sowjetunion zugeschlagen hatte, wurden große Teile des deutschen Ostens als Ausgleich unter polnische Verwaltung gestellt, wobei Polen die Verwaltungsgebiete direkt als polnisches Staatsgebiet behandelte. So fielen Hinterpommern, Schlesien, Ostbrandenburg/Neumark und das südliche Ostpreußen faktisch an Polen, das nördliche Ostpreußen als Gebiet Kaliningrad an die Sowjetunion – ein Vorgehen, das von den Westmächten auf der Konferenz von Potsdam nur widerstrebend gebilligt wurde. Die meisten deutschen Bewohner im neuen Einflussbereich der Sowjetunion wurden aus Polen, der Tschechoslowakei usw. vertrieben. Dabei verlor Deutschland ein Viertel seines Gebietes, und ein Fünftel seiner Bevölkerung wurde zu Flüchtlingen.

Im Westen des besiegten Deutschen Reiches wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. In der Sowjetischen Zone (im Westen zunächst Mitteldeutschland genannt) entstand die Deutsche Demokratische Republik (DDR). Beide Staaten bezeichneten sich anfangs als staatsrechtlich identisch mit dem Deutschen Reich (vgl. Deutsches Reich#Staatsrechtliche Fragen), wovon die DDR später aber abrückte, da damit auch Verpflichtungen verbunden waren.

Die Republik Österreich wurde – abgesehen vom endgültigen Verlust Südtirols – in den früheren Grenzen wiederhergestellt. Die Grenzziehung der Länderin der Bundesrepublik Deutschland wurde teilweise durch die Grenzen der Besatzungszonen (vgl. auch Besatzungsfreie Zone) bestimmt, zum Beispiel zwischen Niedersachsen und Mecklenburg bzw. Sachsen-Anhalt sowie zwischen Thüringen und Hessen. Teilung und Wiedervereinigung (1949–1990)

Die Bundesrepublik Deutschland wurde am 23. Mai 1949 in den drei westlichen Besatzungszonen gegründet. An diesem Tag wurde das Grundgesetz als Provisorium für eine Verfassung in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz enthielt in der Präambel „(…) Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“ ein „Wiedervereinigungsgebot“, das im Zuge der Deutschen Wiedervereinigung verwirklicht werden konnte. Bonn wurde am 3. November 1949 zur vorläufigen Hauptstadt erklärt.

Die Gründung der DDR erfolgte am 7. Oktober 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone. Nach einer Verwaltungsreform 1952 entstanden daraus 15 Bezirke.

Durch den Kalten Krieg wurden die Deutschen in Ost und West physisch immer mehr getrennt. Der Eiserne Vorhangzog sich quer durch Mitteleuropa und teilte auch Deutschland. Mit dem Bau der Berliner Mauer 1961 wurde der letzte freie Zugang in den Westen gesperrt.

Während in der DDR eine Planwirtschaft errichtet wurde, entschied sich die Bundesrepublik für die soziale Marktwirtschaft. Das einsetzende Wirtschaftswunder führte zu anhaltend hohen Wachstumsraten, Vollbeschäftigung und Wohlstand.

Mit der Aufhebung des alliierten Besatzungsstatuts wurde die Bundesrepublik Deutschland am 5. Mai 1955 souverän. Diese Souveränität beschränkte sich auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes, das heißt, die Alliierten behielten ein Vorbehaltsrecht über Deutschland als Ganzes und die Viersektorenstadt Berlin ein. Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, verkündete damals: „Heute, fast zehn Jahre nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch des Nationalsozialismus, endet für die Bundesrepublik Deutschland die Besatzungszeit.“

Die wichtigsten außenpolitischen Meilensteine dieser Ära waren die Westintegration – 1955 trat Westdeutschland der NATO bei – und die Beteiligung am wirtschaftlichen Zusammenschluss in Europa, der durch die Römischen Verträge1957 einen entscheidenden Schub erhielt. Nach der gewaltsamen Niederschlagung des Volksaufstandes des 17. Juni 1953 wurde die DDR Mitglied im Warschauer Pakt und dem RGW.

Erst in den 1960er Jahren führten einige politische Affären und das Aufkommen kritischer Ideen insbesondere der Studenten zum Ruf nach einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel. Eine 1967 einsetzende Wirtschaftskrise, die Studentenunruhen 1968 und die Wahlerfolge der NPD verstärkten den Eindruck einer politischen Krise. Die 1966 gebildete Große Koalition aus CDU und SPD unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) verabschiedete eine Reihe grundlegender Gesetzesänderungen (Notstandsgesetze) und versuchte, sich mit Hilfe derGlobalsteuerung an die wirtschaftlich schwierigeren Zeiten anzupassen.

Mit dem Antritt der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt (SPD) 1969 wurden eine Reihe sozialer, gesellschaftlicher und außenpolitischer Reformen umgesetzt. Die „Neue Ostpolitik“, die auf Verständigung mit Osteuropa setzte, führte zu außenpolitischer Entspannung und brachte Brandt 1971 den Friedensnobelpreis ein. Den symbolischen Auftakt hatte das Erfurter Gipfeltreffen 1970 gebildet. Diese Politik wurde aber von Konservativen teilweise scharf kritisiert. Brandt überstand im April 1972 ein konstruktives Misstrauensvotum, und die SPD rettete sich in Neuwahlen.

Brandts zweite Amtszeit (1972–1974) war überschattet von wirtschaftlichen Problemen, zu denen die Ölkrise 1973 sowie inflationäre Tendenzen aufgrund hoher Tarifabschlüsse geführt hatten. Die versprochenen innenpolitischen Reformen waren nicht bezahlbar. Brandt trat nach der Aufdeckung einer Spionageaffäre um seinen Mitarbeiter Günter Guillaume zurück.

Sein Nachfolger Helmut Schmidt (SPD), seit Juni 1974 im Amt, hatte mit steigender Verschuldung und Arbeitslosigkeit, mehreren Wirtschaftskrisen und dem Terror der RAF zu kämpfen. Als Kanzler und Person bei den Deutschen geschätzt, verlor er jedoch den Rückhalt seiner Fraktion, die zunehmend gegen seine Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses opponierte.

Nach dem Auseinanderbrechen der Koalition wurde Helmut Kohl (CDU) nach einem konstruktivem Misstrauensvotum am 1. Oktober 1982 zum Kanzler gewählt. Er regierte länger als alle seine Vorgänger und gilt als Kanzler der deutschen Einheit. Diese wurde durch die Veränderungen in der Sowjetunion durch Glasnost und Perestroika ermöglicht und maßgeblich von den Massendemonstrationen in der DDR sowie der dortigen Ausreisebewegung vorangetrieben. Am 9. November 1989 musste die DDR-Führung die Mauer öffnen, nachdem ein Sprecher durch ein Versehen einen Massenansturm auf die Grenzübertrittsstellen ausgelöst hatte.

Bei den ersten freien Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 gewann das von der Ost-CDU geführte Parteienbündnis „Allianz für Deutschland“. (Letzter) Ministerpräsident der DDR wurde Lothar de Maizière (CDU). Nun war der Weg frei für die Deutsche Wiedervereinigung. Diese fand im Einvernehmen mit den Vertretern der Alliierten im Rahmen der „Zwei-plus-Vier-Gespräche“ statt.

Laut Art. 1 Absatz 1 des Einigungsvertrags[17] wurden mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen („Neue Bundesländer“) Länder der Bundesrepublik Deutschland. Die Vier Mächte hatten mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 die Hoheitsbefugnisse abgegeben, und durch das Inkrafttreten am 15. März 1991 konnte das wiedervereinigte Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die volle staatliche Souveränität wiedererlangen.

Im Rahmen der Wiedervereinigung sollten bis Ende 1994 die fremden Militäreinheiten weitgehend durch den Vertrag vom 12. Oktober 1990 das Land verlassen – die noch verbliebenen der Westalliierten haben keinerlei Hoheitsbefugnisse mehr und unterliegen dem NATO-Truppenstatut. Deutschland verpflichtete sich zur Abrüstung auf maximal 370.000 Soldaten. Mit dem am 14. November 1990 in Warschau unterzeichneten Deutsch-Polnischen Grenzvertrag wurde die Oder-Neiße-Linie eine anerkannte Grenze und das Territorium östlich davon endgültig völkerrechtlich Polen zugesprochen. Im Januar 1997 folgten Deklarationen zur Aussöhnung mit der Tschechischen Republik.

[](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Reichstag_night.JPG&filetimestamp=20060902151146)

Abbildung 11: Der Reichstag, Symbol der„Berliner Republik“

Mit einer knappen Mehrheit von 338 zu 320 Stimmen beschloss der Bundestag am 20. Juni 1991, Bonn als Regierungssitz aufzugeben und Regierung und Parlament nach Berlin zu verlegen. Durch die Umsetzung desBerlin/Bonn-Gesetzes ist neben der Hauptstadt Berlin die Bundesstadt Bonn zweites politisches Machtzentrum Deutschlands. Dort verblieben die ersten Dienstsitze von sechs Bundesministerien; alle anderen haben ihren Zweitsitz in Bonn. Die Mehrzahl der Ministeriumsbeschäftigten arbeiten vereinbarungsgemäß dort; zahlreiche Bundesinstitutionen sowie drei Verfassungsorgane haben ihren Dienstsitz in der Bundesstadt.

Der neue Sitz des Deutschen Bundestags ist das von Grund auf renovierte Reichstagsgebäude in Berlin, in dem erstmalig am 19. April 1999 wieder eine Parlamentssitzung stattfand. Bereits zu West-Berliner Zeiten, bis in die 1970er Jahre, tagten dort das Plenum und einige Ausschüsse; auch der Bundespräsident wurde dort von 1954 bis 1969 gewählt. Seit September 1999 ist die Bundesregierung in Berlin angesiedelt.

Die 1990er Jahre waren nach dem kurzen Boom der Wiedervereinigung von geringer wirtschaftlicher Dynamik, Massenarbeitslosigkeit und Reformstaugeprägt. Insbesondere in den neuen Bundesländern entwickelte sich die Wirtschaft nicht wie erhofft und angekündigt. Mehrere Reformvorhaben der Bundesregierung scheiterten an der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat. Außenpolitisch setzte sich Kohl insbesondere für eine stärkere Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union und zum Beispiel die EU-Osterweiterung ein. Als die Bundesrepublik Jugoslawien 1991 zu zerfallen begann, war Deutschland eines der Länder, welches die Anerkennung der Unabhängigkeit von Kroatien und Slowenien durch die westlichen Staaten massiv unterstützte. Eine direkte Teilnahme am Zweiten Golfkrieg zur Befreiung Kuwaits lehnte die Bundesregierung mit Blick auf die historische Last ab. Stattdessen leistete Deutschland finanzielle Unterstützung und ersetzte Marineeinheiten der NATO-Partner im Mittelmeer. Nach Beendigung der Kämpfe half ein Verband der Bundesmarine bei der Räumung von Seeminen im Persischen Golf.

Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte kam es in Folge der Bundestagswahl 1998 zu einem vollständigen Regierungswechsel. Die bisherigen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP verloren ihre Bundestagsmehrheit, die bisherigen Oppositionsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen bildeten eine Rot-Grüne Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Bei der Bundestagswahl 2002 wurde die Bundestagsmehrheit von SPD und Grünen knapp bestätigt.

Die Rot-Grüne Koalition setzte erste Ansätze für umfassende Veränderungen in der Sozial-, Renten- und Gesundheitspolitik (siehe Agenda 2010) durch. Mittels der Einnahmen aus der umstrittenen Ökosteuer gelang es, die Lohnnebenkosten (Rentenversicherungsbeiträge) zu reduzieren. Allgemein wurde das Thema Ökologie stärker gewichtet, beispielsweise mit dem Beginn des Atomausstiegs oder Gesetzesinitiativen zur Reduzierung von Treibhausgasen. Andere Reformen der rot-grünen Regierung waren etwa das Lebenspartnerschaftsgesetz, das neue Staatsbürgerschaftsrecht oder und dasGewaltschutzgesetz. Während Schröder für einige Bundesratsabstimmungen CDU-regierte Länder durch Zugeständnisse dazu bewegen konnte, im Sinne der Bundesregierung abzustimmen, scheiterten andere Reformvorhaben von Rot-Grün, wie das Verbraucherinformationsgesetz, an der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat.

Der erste Kampfeinsatz deutscher Soldaten seit dem Zweiten Weltkrieg – 1999 im Kosovo-Krieg – markierte einen Wendepunkt der deutschen Außenpolitik. Nach dem Anschlag auf das World Trade Center in New York 2001 garantierte Bundeskanzler Schröder den USA die „uneingeschränkte Solidarität“. Deutschland unterstützte im Rahmen des Anti-Terrorkrieges den Krieg in Afghanistan. Deutschland beteiligte sich im Jahre 2003 nicht amIrakkrieg. Dies führte zu Konflikten vor allem mit den USA, aber zu großen Sympathiebekundungen aus der deutschen Bevölkerung gegenüber dem „Friedenskanzler“ Schröder. Die Bundeswehr sicherte die Seewege am Horn von Afrika, entsandte ABC-Spürpanzer nach Kuwait und zog gemäß ihrer internationalen Verpflichtungen deutsche Soldaten nicht aus NATO-AWACS-Flugzeugen ab, letzteres erkannte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 7. Mai 2008 wegen Verletzung der Rechte des Bundestages als verfassungswidrig. [18]

Die Hartz-IV-Gesetzgebung von 2004 hatte das Ziel, den Arbeitsmarkt zu beleben. Es wuchsen die Proteste gegen eine – insbesondere durch die direkt Betroffenen – als sozial ungerecht empfundene Politik, die Kritiker nicht von der SPD erwartet hatten. Nach durch Rot-Grün verlorenen Landtagswahlen in den Jahren 2004 und 2005 stellte Bundeskanzler Schröder schließlich am 1. Juli 2005 im Bundestag die Vertrauensfrage nach Art. 68 GG mit dem Ziel, diese absichtlich zu verlieren. Daraufhin löste Bundespräsident Horst Köhler den 15. Deutschen Bundestag auf und setzte Neuwahlen für den 18. September 2005 an. Da diese Wahl kein Ergebnis zugunsten einer der angestrebten Koalitionen (SPD/Grüne und Union/FDP) ergab und alle Versuche eine Dreiparteienregierung zu bilden scheiterten, einigten sich CDU/CSU und SPD auf die Bildung einer Großen Koalition unter der Kanzlerschaft vonAngela Merkel (CDU).

## Bevölkerung

### Demographie

Deutschland hat mit einer Geburtenrate pro Frau von derzeit 1,37 (Stand: 2007 eine der niedrigsten weltweit. Im Jahr 2007 stieg die Zahl der Geburten erstmals seit zehn Jahren wieder an und lag bei 684.862. Am 31. Dezember 2007 lebten in der Bundesrepublik Deutschland 82.217.800 Einwohner auf der Fläche von 357.104 Quadratkilometern. Das Land gehört damit zu den am dichtesten besiedelten Flächenstaaten der Welt. Etwa 75 Millionen Menschen (91 Prozent) sind deutsche Staatsbürger. Von diesen haben wiederum sieben Millionen Bürger einen Migrationshintergrund, das heißt, sie sind

* „Aussiedler“ bzw. „Spätaussiedler“ deutscher Nationalität, von denen die meisten aus Staaten der ehemaligenSowjetunion (51 Prozent, umgangssprachlich meist als „Russlanddeutsche“ bezeichnet) und aus Polen (34 Prozent) eingewandert sind. Zwischen 1950 und 2002 waren dies insgesamt 4,3 Millionen Menschen, oder
* im Land geborene oder seit langer Zeit in Deutschland lebende ehemalige Ausländer, die seit der Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts auf eigenen Antrag eingebürgert wurden.

Von den Einwohnern mit ausschließlich anderer Staatsangehörigkeit (31. Dezember 2007: 7.255.949) stellen die türkischen Staatsangehörigen (1.713.551) die größte Gruppe. Die übrigen sind überwiegend EU-Bürger (2,1 Millionen). Den größten Anteil haben hier Italiener (528.318), Polen (384.808) und Griechen (294.891). Der Anteil der europäischen Staatsbürger aus Nicht-EU-Ländern (3,2 Millionen) hat sich durch Migration aus dem ehemaligen Jugoslawien (1,0 Millionen; unter anderem durch Kriegsflüchtlinge) und aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren erhöht. 2007 erwarben 113.030 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft (vgl. 2006: 124.566).

Die Zahl der gesamten polnischen Diaspora in Deutschland, die bereits seit dem 19. Jahrhundert existiert, beläuft sich auf weit über zwei Millionen, wobei die meisten seit Generationen von der einheimischen Bevölkerung assimiliert sind.

Somit ergibt sich ein Gesamtanteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von etwa 17 Prozent, ein Hinweis darauf, dass die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung nicht mehr über Nationalitäten erfasst werden kann. Ein gewisses Maß an Einwanderung wird von politischer Seite im Hinblick auf den Rückgang der Geburtenzahl und die daraus folgende negative demographische Entwicklung gewünscht, um die soziale Absicherung der Bevölkerung nicht zu gefährden, zu starke Zuwanderung aufgrund der daraus resultierenden sozialen Spannungen jedoch abgelehnt.

Angestammte ethnische Minderheiten sind Dänen (je nach Definition und Quelle etwa 15.000 bis 50.000), Friesen (etwa 50.000–60.000), Jenische(etwa 412.000), Sorben (etwa 60.000) und Sinti (etwa 70.000).

### Sprachen und Dialekte

Die in Deutschland gebräuchlichste Sprache ist Deutsch. Deutsch ist Amtssprache, wird als Standardsprache in den überregionalen Medien und als Schriftsprache verwendet. Als Sprache des Alltags wird es in vielen Regionen fast ausschließlich gesprochen (oft regional leicht eingefärbt). Daneben gibt es unterschiedlich stark vertretene Dialekte.

Neben der deutschen Sprache sind regional seit langem auch Sprachen in Deutschland ansässiger Sprachminderheiten offiziell als Minderheiten- oder Regionalsprachen nach der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen anerkannt. Im Einzelnen sind das:

* Dänisch (sowohl Reichsdänisch wie Sønderjysk): Minderheitensprache in Schleswig-Holstein gemäß Teil III
* Friesisch (Minderheitensprache): Nordfriesisch in Schleswig-Holstein, Saterfriesisch in Niedersachsen, beide gemäß Teil III
* Sorbisch (Minderheitensprache): Obersorbisch in Sachsen, Niedersorbisch in Brandenburg, beide gemäß Teil III
* Romanes, Minderheitensprache der Sinti und Roma: in Hessen gemäß Teil III, in der übrigen Bundesrepublik gemäß Teil II
* Niederdeutsch (Regionalsprache): in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern gemäß Teil III sowie in Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt gemäß Teil II

Die landesrechtlichen Umsetzungen sind teilweise noch nicht erfolgt - dies betrifft insbesondere die Sprache Romanes. Partiell (räumlich und/oder sachlich) besitzen in Schleswig-Holstein die Regional- und Minderheitensprachen Niederdeutsch, Dänisch und Friesisch (siehe Friesisch-Gesetz) den Rang einer Amtssprache. Andere in Deutschland traditionelle (wie beispielsweise die jenische Sprache oder das Jiddisch) oder neue Minderheitensprachen wurden nicht in die Charta aufgenommen.

Ehemals verbreitete Sprachen wie Moselromanisch (im 11. Jahrhundert ausgestorben), Polabisch (im 18. Jahrhundert ausgestorben) oder Jiddisch werden heute nicht oder kaum mehr gesprochen.

Die Verwendung von Dialekten wird von manchen Menschen als Makel, von anderen als kulturelle Bereicherung empfunden. Im norddeutschen Raum verwenden Angehörige der höheren Bildungsschichten seltener die niederdeutsche Sprache oder regionale Mundarten, während im süddeutschen Sprachraum selbst in akademischen Kreisen der Gebrauch des Dialekts üblich ist. Da das Standarddeutsche sich aus hochdeutschen (mittel- und oberdeutschen) Sprachformen entwickelt hat und die Dialekte der niederdeutschen Sprache verdrängt hat, sprechen Norddeutsche tendenziell eher ein dialektfreies Deutsch als die Bevölkerung in den südlichen zwei Dritteln des Landes.

Die von Gehörlosen verwendete Deutsche Gebärdensprache ist seit 2002 in Deutschland als eigenständige Sprache anerkannt.

Seit der Einwanderung der Germanen in das heutige Gebiet Deutschlands sind immer wieder neuere Zuwanderer hinzugekommen, die auch ihre jeweiligen Sprachen mitbrachten (zum Beispiel die Römer in den Kolonien Germaniens, die Hunnen während der Völkerwanderung, die Hugenotten seit dem 17. Jahrhundert, die Ruhrpolen im 19. Jahrhundert). Während die Nachkommen der älteren Zuwanderungswellen inzwischen sprachlich weitestgehendassimiliert sind, verwenden diejenigen Zuwanderer, die erst in den vergangenen Jahrzehnten gekommen sind (unter anderem die sogenanntenGastarbeiter, aber auch Flüchtlinge), untereinander neben dem Deutschen noch häufig ihre Muttersprache, vor allem Türkisch (ca. zwei Millionen). Daneben ist auch die russische Sprache verbreitet, zum einen unter jüdischen Kontingentflüchtlingen, aber auch unter Russlanddeutschen, die zum Teil russische Muttersprachler sind. Die Angaben zur Anzahl russischer Muttersprachler variieren je nach Quelle stark und liegen bei 3–4 Mio.[30][31] Auch die Zahl der Personen, deren Alltagssprache Polnisch ist, wird relativ hoch vermutet. Hierbei variiert die Zahl ebenfalls je nach Quelle.

Die an Schulen vorrangig gelehrte Fremdsprache ist Englisch, gefolgt von Französisch und Latein und danach von Russisch. In den letzten Jahren ist auchSpanisch immer beliebter geworden. Die Entscheidung über die unterrichteten Fremdsprachen haben die Schulministerien in den einzelnen Bundesländern. Weitere Fremdsprachen wie zum Beispiel Chinesisch oder Italienisch können Schüler an manchen Schulen als Arbeitsgemeinschaft (AG) wählen.

### Religionen

[](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Martin_Luther_by_Lucas_Cranach_der_%C3%84ltere.jpeg&filetimestamp=20041213223257)

Abbildung 12: Martin Luther

In Deutschland wird die Religionsfreiheit als Grundrecht garantiert. Gleichwohl ist die Trennung von Kirche und Staat nicht vollständig: In vielen sozialen und schulisch-kulturellen Bereichen bestehen Verflechtungen, beispielsweise über kirchliche, aber staatlich mitfinanzierte, Trägerschaft von Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern oder Pflegeheimen. Ebenso berufen sich einige deutsche Parteien auf die christliche Tradition des Landes. Die christlichen Kirchen besitzen den Status vonAmtskirchen, sie sind demnach zwar keine staatliche Institution, aber Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Wie der größte Teil West- und Mitteleuropas ist das heutige Deutschland in einem bis zur Antike zurückreichenden historischen und kulturellen Kontext christlich-abendländisch, und seit etwa dem 18. Jahrhundert ebenso aufgeklärt-wissenschaftlich geprägt. Dieser Prägung liegen Einflüsse aus der antiken griechischen und römischen Kultur ebenso zugrunde wie jüdische und christliche Traditionen, die sich seit Beginn der Christianisierung Nordwesteuropas, ab etwa dem 4. Jahrhundert, mit germanischen Traditionen vermischt hatten. Das Gebiet des heutigen Deutschland wurde seit dem frühen Mittelalter christianisiert. In der fränkischen Zeit wurde im Reich Karls des Großen die entsprechende Missionierung, teilweise durch Zwangsmaßnahmen abgeschlossen. Im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation begann die christlicheReformation Anfang des 16. Jahrhunderts, angeführt von Martin Luther. Sie prägt die religiöse Landschaft im deutschen Sprachraum bis heute mit.

Die Mehrheit der deutschen Staatsbürger gehört einer christlichen Konfession an: Römisch-Katholische Kirche 31,2 Prozent (tendenziell überwiegend in West- und Süddeutschland), Evangelische Kirche in Deutschland (Lutheraner, Reformierte undUnierte) 30,8 Prozent (tendenziell vor allem in Nord- und historisch in Ostdeutschland), orthodoxe Kirche und orientalische Kirchen insgesamt 3 Prozent, Neuapostolische Kirche 0,46 Prozent, Zeugen Jehovas 0,2 Prozent, und ein geringer Anteil von Angehörigen christlicher Freikirchen. Die Anzahl der Gottesdienstbesucher ist geringer. Durchschnittlich 3,6 Millionen Menschen (oder 4,4 Prozent der Gesamtbevölkerung) besuchten 2006 die sonntäglichen Gottesdienste der Katholischen Kirche, eine Million (oder 1,2 Prozent der Gesamtbevölkerung) jene der Evangelischen Kirche.

38,0 Prozent der Gesamtbevölkerung gehören keiner der beiden großen Religionsgemeinschaften an. In den neuen Bundesländern liegt der prozentuelle Anteil zwischen 66,1 Prozent (Thüringen) und 80,6 Prozent (Sachsen-Anhalt). Die DDR hatte eine atheistische Weltanschauung propagiert und vermittelt (siehe Jugendweihe) und den Kirchenaustritt gefördert. In den alten Bundesländern ist die Anzahl der Konfessionslosen geringer, deren Anteil liegt zwischen 20,9 Prozent in Bayern und 69,0 Prozent in Berlin (letzteres allerdings einschließlich dem ehemaligen Ost-Berlin). (Statistik der EKD, Stand: 31. Dezember 2005.)[32]

Islamische Gemeinden haben etwa 3,2 Millionen Mitglieder (3,9 Prozent der Einwohner) und sind vorwiegend ausländischer Herkunft, davon mittlerweile etwa 732.000 deutsche Staatsangehörige (knapp 0,9 Prozent der deutschen Staatsbürger); 9,1 Prozent aller 2004 geborenen Kinder haben muslimische Eltern.[33] Um für die Vielzahl an islamischen Organisationen einen Dachverband zu erhalten, der für Außenstehende als Ansprechpartner fungieren kann, wurde der Koordinierungsrat der Muslime gegründet.

Die Deutsche Buddhistische Union geht von einer Zahl von 250.000 aktiven Buddhisten in Deutschland aus, die Hälfte davon eingewanderte Asiaten.[34] Dies entspricht 0,3 Prozent der Bevölkerung.

106.000 Personen der Bevölkerung gehören jüdischen Gemeinden an. Seit den 1990er Jahren verzeichnen diese einen starken Zuwachs durch Zuwanderer aus Osteuropa, vor allem aus der Ukraine und aus Russland. Nach Frankreich und dem Vereinigten Königreich ist in Deutschland die drittgrößte jüdische Gemeinschaft Europas.

Von den Mitgliedern bestimmter christlicher Kirchen sowie der jüdischen Gemeinden erhebt der Staat traditionell eineKirchensteuer und leitet diese an die jeweiligen Kirchen (bzw. an den Zentralrat der Juden in Deutschland) weiter.

Des Weiteren ist der Religionsunterricht laut Grundgesetz fakultatives, aber dennoch ordentliches Unterrichtsfach in den Schulen (mit Ausnahme weniger Länder wie Bremen, Berlin und Brandenburg). Dieser Unterricht wird oft von einem Vertreter einer der beiden großen christlichen Amtskirchen abgehalten.

## Wirtschaft

Deutschland ist relativ rohstoffarm, seine Wirtschaft ist vorwiegend auf den sekundären (Industrie) und tertiären (Dienstleistung) Wirtschaftssektor konzentriert. Mehr als die Hälfte der Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt, jedoch sind nur zwei bis drei Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig. Deutschland ist mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von etwa 2,4 Billionen Euro (Stand: 2007) die drittgrößte Volkswirtschaft und Industrienation der Welt. Gemessen am BIP pro Kopf steht Deutschland weltweit an 19. Stelle, in der EU an elfter.

Zudem ist Deutschland die weltgrösste Exportnation. Beim Lebensstandard liegt Deutschland laut dem Human Development Index auf Platz 22 in der Welt.

Im Jahre 2006 zog die Binnennachfrage wieder an, so dass 2006 ein Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent erreicht wurde. Ob dies nur ein vorübergehender Effekt durch die bevorgestandene Mehrwertsteuererhöhung 2007 war, bleibt abzuwarten. Auch die Zahl der Arbeitslosen stieg im Winter 2006/2007 bei weitem nicht so stark wie in den fünf vorgehenden Wintern. Im Außenhandel ist Deutschland weiterhin sehr erfolgreich (Exporte 2006: +13 Prozent auf 894 Milliarden Euro). Das Land verzeichnet seit Jahrzehnten mit großem Abstand mehr Exporte als jedes andere Land der Welt und wird daher oft mit dem Schlagwort „Exportweltmeister“ bezeichnet. Die Arbeitslosigkeit stieg zwar seit der Ölkrise in den 1970er Jahren von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus an und wird, insbesondere in Ostdeutschland, weiterhin als hoch empfunden, ist aber in den Aufschwungjahren seit 2006 wieder rückläufig.

Die Suche nach der Ursache der relativ hohen Arbeitslosenrate spaltet derzeit die Gesellschaft: Unternehmerverbände und neoliberale Ökonomen sehen den in Deutschland traditionell stark ausgebauten Sozialstaat als Verursacher weiteren Arbeitsplatzabbaus, da die geringen Lohnkosten in osteuropäischen Nachbarstaaten zur Verlagerung der Produktion in eben diese verleiten, obwohl auch Länder mit einem ausgebauten Sozialstaat und einer hohen Staatsquote eine hohe Wirtschaftsdynamik aufweisen (Schweden, Finnland, Norwegen, Österreich).

Gewerkschaften und Globalisierungskritiker argumentieren mit keynesianistischen Modellen und behaupten, dass die Binnennachfrage durch Kürzungen im Sozialbereich geschwächt werde.

Als Ursache gilt auch, dass die Staatsausgaben zu einem großen Teil über Sozialabgaben finanziert werden, die die Arbeitsplätze verteuern anstatt den Staat stärker über arbeitsplatzunabhängige Steuern zu finanzieren. Zudem fehlte nach der Wiedervereinigung eine ausreichende ökonomische Basis für die politisch motivierte Angleichung ostdeutscher Löhne an das Westniveau.

Als weltweit konkurrenzfähigste Branchen der deutschen Industrie gelten die Automobil-, Nutzfahrzeug-, elektrotechnische, Maschinenbau- und Chemieindustrie.

### Steuern

In Deutschland werden viele verschiedene Steuern erhoben. Neben verschiedenen Verkehrsteuern (zum Beispiel Umsatzsteuer) erzielt der Staat einen Großteil seiner Einnahmen aus Steuern vom Einkommen und Ertrag: Hierzu zählen die Einkommen-, die Körperschaft- sowie die Gewerbesteuer.

Insofern Produkte oder Dienstleistungen der Umsatzsteuer unterliegen, beträgt der Steuersatz in Deutschland 19 (allgemeiner Satz) oder 7 Prozent (ermäßigter Satz, zum Beispiel Lebensmittel etc.). Umgangssprachlich bzw. EU-rechtlich wird die Umsatzsteuer auch Mehrwertsteuer genannt.